

Steuern die Parteien das Volk?

Der Einfluss der Parteien auf die inhaltliche Argumentation ihrer Anhängerschaften bei Schweizer Sachabstimmungen

Kurzfassung

In der Kognitionspsychologie werden zwei Formen von Informationsverarbeitung unterschieden: die systematische und die heuristische. Die schweizerische Abstimmungsforschung hat gezeigt, dass kognitiv wenig aufwendige Heuristiken bei sachpolitischen Abstimmungen eher selten Anwendung finden. Auch und gerade die Parolen der Parteien – welche eine besonders effiziente heuristische Entscheidungsregel für Parteisympathisanten darstellen – fließen offenbar kaum in die Entscheidungsfindung ein bzw. sind nur einem Bruchteil des Stimmmvolkes überhaupt bekannt. Daraus zogen einige Autoren den Schluss, dass die Parteien das Volk bei Abstimmungen nur in geringem Maße zu steuern vermögen und der Schweizer Citoyen sich (in erstaunlich hohem Maße) systematisch mit dem Entscheidungstoff auseinandersetze. Allerdings lässt sich empirisch belegen, dass die Parteianhängerschaften trotz Unkenntnis der Parteiparolen in hohem Maße parolenkonform entscheiden. Wie kann es sein, dass sich der angeblich parteiunabhängige Stimmbürger gleichwohl oft so entscheidet, wie es seine bevorzugte Partei empfiehlt? Findet sich die Lösung dieses empirischen Rätsels in der kognitionspsychologischen Verzerrungshypothese, wonach die Meinungsbildung ein *Ensemble* von heuristischen und systematischen Elementen ist? Dieser Frage geht der Aufsatz am Beispiel zweier thematisch sehr ähnlicher Abstimmungsvorlagen nach. Die Resultate der Analysen deuten darauf hin, dass die (systematische) Rezeption von Argumenten stark von Heuristiken wie der Parteisympathie abhängig ist, die systematische Beschäftigung mit Inhalten demnach häufig (unbewusst oder bewusst) unter dem Tutorat der bevorzugten Partei stattfindet.

Inhalt

1. Einleitung: Der Schweizer Stimmbürger – strammer Parteisoldat oder parteiunabhängiger Citoyen?	4
2. Theorie: Der direktdemokratische Meinungsbildungsprozess	7
a) Heuristische und systematische Informationsverarbeitung: komplementär oder ausschließend?	7
b) Wovon ist die Wahl der Informationsverarbeitungsstrategie abhängig?	10
c) Die Priming-Theorie: Kampf um die Deutungshoheit bei Sachabstimmungen	12
3. Hypothesen, Daten und Operationalisierung	13
4. Fallbeschreibung: Die Abstimmungen über die Goldinitiative und über die KOSA-Initiative	14
a) Abstimmung über die SVP-Goldinitiative und den Gegenentwurf	16
b) Abstimmung über die Initiative „Nationalbankgewinne für die AHV“	18
c) Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Abstimmungen	19
5. Analyse	20
6. Diskussion	29
Anhang	37

1. Einleitung: Der Schweizer Stimmbürger – strammer Parteisoldat oder parteiunabhängiger Citoyen?

Hochkomplexe Gesellschaften produzieren hochkomplexe Probleme. Vor diesem Hintergrund muss sich die Demokratieforschung die Frage stellen, ob der Bürger – von dem in einer halbdirekten Demokratie wie der schweizerischen eine aktive Mitwirkung bei der Politikgestaltung erwartet wird – überhaupt noch in der Lage ist, diese hochkomplexen politischen Entscheidungsprobleme zu verstehen. Die Antwort auf diese Frage fällt ernüchternd aus: Der überwiegende Teil des Elektorats weiß über politische Angelegenheiten wenig bis kaum Bescheid.¹ Dieses düstere Bild der politischen Kompetenz des demokratischen Bürgers, welches vor allem von der US-amerikanischen *political sophistication*-Forschung in den 60er- und 70er-Jahren gezeichnet wurde, markierte jedoch zugleich einen Wendepunkt in der Wahl- und Abstimmungsforschung: In der

1 Z. B. Converse 1964; Sniderman 1993; Delli Carpini/Keeter 1996; für die Schweiz: Gruner/Hertig 1983; Bütschi 1993; Benz/Stutzer 2004.

Folge begann man sich mit der Frage auseinanderzusetzen, worauf – wenn nicht auf der *inhaltlichen* Bewertung des vorgelegten Entscheidungstoffs – der Wahl- oder Abstimmungsentscheid des politisch ignoranten Bürgers denn sonst gründet.

Bei der Beantwortung dieser Frage bot die Kognitionspsychologie Hand an. Zwei Konzepte der dualen Informationsverarbeitungstheorie (stellvertretend Petty/Cacioppo 1986; Chen u. a. 1999) erwiesen sich dabei als besonders befruchtend: die heuristische und die systematische Informationsverarbeitung. Dabei ist die Wahl des Verarbeitungsmodus hauptsächlich von der Motivation und den Zielen des Individuums abhängig. Ist die Lösung des Entscheidungsproblems für das Individuum ein Anliegen von hoher Bedeutung, dann wählt es in aller Regel den systematischen Pfad, d. h., es setzt sich gewissenhaft mit der inhaltlichen Entscheidungsgrundlage auseinander. Ist die Verarbeitungsmotivation oder -kapazität hingegen gering, werden häufig simple mentale Entscheidungsregeln („Heuristiken“ wie etwa die Vertrauenswürdigkeit des Kommunikators etc.) angewandt (Eagly/Chaiken 1993). Diese Heuristiken sind zwar kein *vollwertiger* Ersatz für die systematische Verarbeitung von Informationen, aber sie ermöglichen es dem „kognitiven Geizkragen“, auf äußerst effiziente Art und Weise ein ansonsten nur aus inhaltsrelevantem Nachdenken resultierendes Urteil zu imitieren (Krosnick 1990; Fiske/Neuberg 1990; Fiske/Taylor 1991). Kurz, auch ein Individuum mit sehr limitierten Problemlösungskapazitäten ist *mithilfe von Heuristiken* imstande, eine komplexe Entscheidungssituation erfolgreich zu bewältigen.

Als es der Politikwissenschaft gelang, nachzuweisen, dass Heuristiken auch in politischen Entscheidungssituationen rege verwendet werden und die Qualität dieser heuristischen Entscheide derjenigen systematischer Urteile nahekammt (paradigmatisch: Lupia 1994), war die Euphorie groß: Heuristiken schienen das „fehlende Bindeglied“ zu sein zwischen den hohen normativen Ansprüchen der partizipatorischen Demokratietheorie und dem großmehrheitlich uninformierten und politisch apathischen Bürger (Popkin 1991; Lupia 1994).

Diese Euphorie ist inzwischen ein wenig abgeebbt. Es haben sich empirische Hinweise gemehrt, wonach zum einen die Verwendung simpler Entscheidungsregeln die Entscheidungsqualität nicht zwangsläufig erhöht und zum anderen *shortcuts* vor allem von den gut Informierten genutzt werden, also von denjenigen, die auf jene eigentlich gar nicht angewiesen wären (Bartels 1996; Kuklinski/Quirk 2000; Lau/Redlawsk 2001). *Ein* Befund jedoch gilt als empirisch gesichert und wird kaum je bestritten: Heuristiken werden in politischen Entscheidungssituationen *rege* genutzt. Lau und Redlawsk (2001: 954) resümieren

diesbezüglich lapidar: „The growing conventional wisdom within political science suggests that cognitive heuristics are used more or less effectively by *virtually everyone* to help them tame the tide of political information.“

Die Erkenntnisse der schweizerischen *Abstimmungsforschung* stehen ein wenig quer zu den zuvor geschilderten Befunden. Zwar wird auch die Informiertheit des Schweizer Stimmvolks gelegentlich skeptisch eingestuft (vor allem Gruner/Hertig 1983; etwas optimistischer: Bütschi 1993; Kriesi 2005), aber sie scheint aufgrund institutioneller Kontextfaktoren höher zu sein als anderswo (Benz/Stutzer 2004). Mit steigendem Kompetenzlevel wird jedoch die Abhängigkeit von Heuristiken geringer und eine systematische Informationsverarbeitung wahrscheinlicher. Und in der Tat hat Kriesi (2005) eindrucksvoll nachweisen können, dass die Schweizer Stimmbürger in der Mehrheit *argumentbasiert* entscheiden und gängige *cues* so gut wie gar nicht (Statusquo-Heuristik) oder nur vergleichsweise selten (Regierungsvertrauen, Partei-sympathie) nutzen.

Dabei überrascht im internationalen Vergleich vor allem der relativ schwache Einfluss der Parteisymphathie auf das Entscheidverhalten. Denn der Parteiheuristik wird gemeinhin eine beträchtliche Wirkung auf das politische Verhalten eingeräumt (z. B. Lodge/Hamill 1986; Conover/Feldman 1989; Rahn 1993). Nicht so in der schweizerischen Abstimmungsforschung: Kriesi spricht der Parteiheuristik nur eine sekundäre Bedeutung zu, ebenso Trechsel und Sciarini (1998). Weiter haben Auswertungen von Nachbefragungen zu eidgenössischen Urnengängen gezeigt, dass nur eine Minderheit der Stimmberechtigten die Parole ihrer bevorzugten Partei kennt, und ein noch geringerer Teil gibt an, diese Empfehlungen seien der zentrale Orientierungswert bei ihrer Meinungsbildung gewesen (Kriesi 1994; Trechsel/Sciarini 1998). Aus all dem schließt Trechsel (2002: 580) in seiner Zusammenfassung zum Stimmverhalten der Schweizer und Schweizerinnen, „dass Parteien das Volk nicht steuern – jedenfalls nicht auf direktem Wege.“ Aber womöglich auf *indirektem* Wege – und zwar, indem sie Einfluss darauf nehmen, wie ihre Anhängerschaften *inhaltlich argumentieren*.

Eben dieser Frage – ob die Parteien das Stimmvolk „steuern“, indem sie Einfluss auf deren inhaltliche Argumentation nehmen – soll in diesem Beitrag nachgegangen werden. Dabei sollen in einem ersten Teil die Einflussmöglichkeiten der Parteien auf die öffentliche Meinungsbildung ausgelotet und auf der theoretischen Grundlage der dualen Informationsverarbeitungsmodellen diskutiert werden. Sodann soll ein Modell vorgestellt werden, welches heuristische und systematische Informationsverarbeitung bei Sachentscheiden kombiniert.

Dieses Modell wird anschließend am Beispiel zweier inhaltlich sehr ähnlicher Schweizer Sachabstimmungen, in denen sich die Konfliktkonstellationen allerdings maßgeblich unterschieden, überprüft.

2. Theorie: Der direktdemokratische Meinungsbildungsprozess

a) Heuristische und systematische Informationsverarbeitung: komplementär oder ausschließend?

Informationen sind zentral für die politische Meinungsbildung. Wie werden sie jedoch verarbeitet? In der Kognitionspsychologie werden zwei fundamentale Strategien der Informationsverarbeitung unterschieden: die systematische und die heuristische. Wer sich systematisch mit der Informationsgrundlage auseinandersetzt, leitet seinen Entscheid aus *Inhalten* ab. Wer hingegen heuristisch vorgeht, interessiert sich nicht für den Inhalt der Information, sondern leitet seinen Entscheid aus *heuristischen Kontextinformationen* ab. Ohne Zweifel ist dabei die Grenze zwischen systematischer und heuristischer Informationsverarbeitung fließend. Petty und Cacioppo (1986) sprechen deshalb auch von einem *Kontinuum* der Elaborationswahrscheinlichkeit. Insofern ließe sich argumentieren, dass aufgrund der hohen Komplexität von Abstimmungsfragen eigentlich alle Stimmbürger auf die eine oder andere Weise auf Heuristiken angewiesen sind – zum Beispiel Stereotypen oder ideologische Schemata. Die Letzteren setzen zwar eine gehörige Portion an politischem Wissen voraus, können aber durchaus als „Einstellungsheuristik“ aufgefasst werden. Infolgedessen steht oder fällt der Aussagegehalt der vorliegenden Analyse mit unserer *Heuristikdefinition*. Eine sehr brauchbare Definition ist diejenige von Kuklinski und Hurley (1994): Heuristiken sind *reine Bewertungen des Kommunikators*, während die systematische Auseinandersetzung die Elaboration des *Inhalts* der Aussage meint. Bei einer Sachabstimmung bedeutet dies, dass sich der Stimmbürger entweder intensiv mit dem Entscheidstoff auseinandersetzt (systematische Vorgehensweise) oder simple kognitive Abkürzungen wie etwa „meine bevorzugte Partei weiß, was gut für mich ist“ benutzt (heuristischer Weg), um zu einem Entscheid zu gelangen.

Die kognitionspsychologisch geleitete Forschung zu direktdemokratischen Meinungsbildungsprozessen hat eine Vielzahl von Studien hervorgebracht. Darunter befinden sich naturgemäß – die Schweizer und Schweizerinnen sind auf nationaler Ebene Abstimmungsweltmeister (Christin u. a. 2002) – auch eine beachtliche Anzahl schweizerischer Untersuchungen (z. B. Christin u. a.

2002; Kriesi 2005; Selb 2008). Diese Studien gehen alle davon aus, dass *entweder* die heuristische *oder* die systematische Verarbeitungsstrategie zum Einsatz kommt. Dass der Bürger die beiden Modi bei Bedarf zu kombinieren vermag, wird hingegen kaum je in Erwägung gezogen. Dies erstaunt ein wenig, denn in der psychologischen Kognitionsforschung konnte nachgewiesen werden, dass ein Zusammenspiel beider Modi unter bestimmten Bedingungen auftritt (z. B. Chaiken u. a. 1989; Petty/Cacioppo 1986).

Dieses Zusammenspiel kann unterschiedliche Formen annehmen. Zum einen ist ein additives Verhältnis denkbar (Chaiken/Maheswaran 1994). Zum anderen ist aber auch denkbar, dass der eine Modus den anderen beeinflusst (insbesondere dann, wenn die beiden Verarbeitungsstrategien unterschiedliche Schlussfolgerungen evozieren). In aller Regel verläuft dieser *bias* in eine Richtung: Heuristiken nehmen Einfluss auf prozedurale Abläufe der systematischen Verarbeitung („Verzerrungshypothese“). Was darunter zu verstehen ist, kann an einem konkreten Beispiel verdeutlicht werden: Chen, Shechter und Chaiken (1996) wiesen nach, dass Individuen mit einer starken Tendenz zu sozialer Konformität Informationen zwar durchaus systematisch verarbeiteten, aber derart, dass das Resultat dieses Prozesses stets in Einklang stand mit den perzipierten sozialen Erwartungen an ihre Person. In ihren eigenen Worten umschrieben Chen, Shechter und Chaiken dies so: „They selectively applied „a go along to get along“ heuristic based on easily processed information about their partner’s attitude on the issue, which then biased the evaluative nature of their systematic processing.“ Chaiken und Maheswaran (1994) kamen zu einem ähnlichen Schluss: Sie konnten in einem Experiment zeigen, dass bei mehrdeutigen Informationen letztlich die Glaubwürdigkeit der Informationsquelle den Ausschlag gab. Die Versuchspersonen verarbeiteten die Argumente mithin zwar durchaus systematisch, nahmen jedoch eine ambivalente Haltung zu ihnen ein und verließen sich deshalb im Endeffekt auf eine Form der Vertrauensheuristik. Die Aufnahme von *systematisch verarbeiteten* Argumenten hängt also nicht bloß von ihrer inhaltlichen Überzeugungskraft ab, sondern auch von zusätzlichen Kontextinformationen (d. h. heuristischen Hinweisen).

Mit dieser „Verzerrungshypothese“ (*heuristic bias of systematic processing*) ließe sich im Übrigen auch das empirische Rätsel lösen, welches wir bereits in der Einleitung kurz umrissen haben. Dieses Rätsel besteht darin, dass die Schweizer und Schweizerinnen bei politischen Sachfragen offenbar kaum auf die Partei-Heuristik zurückzugreifen, aber im Endeffekt *gleichwohl parolenkonform* stimmen. Die Parteiparolen sind nachweislich nur einer Minderheit bekannt und ein noch geringerer Teil gibt an, diese direkt in einen Entscheid

umgesetzt zu haben. Hinzu kommt, dass die Haltung zu den Argumenten häufig im Einklang zum eigenen Entscheid steht. Kurz, der Schweizer Stimmbürger entscheidet offenbar *parteionabhängig*.

Auf Aggregatebene stellen wir jedoch eine erstaunlich *hohe Parolenkonformität* im Stimmverhalten der Parteianhängerschaften fest (Hug 1994; Milic 2008). Es scheint demnach ein mysteriöses Band zu bestehen zwischen den Parteiliten und ihrer Basis. Eine Erklärung für diese widersprüchlichen Befunde bietet die oben dargelegte Verzerrungshypothese, nach der Parteisymphathisanten inhaltliche Argumente durchaus berücksichtigen, dies aber in der Regel unter dem (bewussten oder unbewussten) Tutorat ihrer bevorzugten Partei tun. Dies würde erklären, weshalb wir kaum empirische Hinweise für eine *direkte* Parolenbefolgung finden (Milic 2008) und weshalb die Stimmbürger bei einer Befragung auch großmehrheitlich imstande sind, ihren Entscheid *inhaltlich zu rechtfertigen*.² Gleichzeitig bietet die Verzerrungshypothese aber auch eine Erklärung, weshalb die Parteianhängerschaften nur geringfügig von den (ihnen unbekanntnen!) Parolen abweichen.³

Die hohe Parolenkonformität des Stimmverhaltens bei gleichzeitiger Unkenntnis dieser Parolen ließe sich jedoch auch anders begründen: Sie könnte schlicht daher rühren, dass „eine bestimmte Vorlage bei Parteiliten und Parteisymphathisanten auf ähnliche Prädispositionen stösst [...]“ (Hertig 1982: 46).

- 2 Selbstredend würde dies auch den hohen Erklärungsgehalt der Argumente für den Entscheid begründen, welche Kriesi (2005) nachweist: Die Stimmbürger kennen die Argumente, sie besitzen auch eine Meinung zu diesen Statements. Diese Meinung ist jedoch nicht unabhängig, d. h., von den eigenen Werthaltungen, hergeleitet worden, sondern sie hat sich vor allem im Kontakt mit hochgradig parteiischen Informationsquellen herauskristallisiert.
- 3 Das durch die Verzerrungshypothese beschriebene empirische Phänomen ließe sich grundsätzlich auch mit anderen theoretischen Konzepten umschreiben: Etwa mit Konzepten der *motivated reasoning*- oder *cognitive consistency*-Ansätze (Taylor 1981; Lodge/Taber 2000), mit schematheoretischen Ansätzen (etwa die primäre Integration von Informationen, welche den schematischen Erwartungen entsprechen), mit Framing-Ansätzen (Edelman 1977; Popkin 1991), mit dem Bedürfnis, kognitive Dissonanz zu vermeiden (Festinger 1957) oder mit Lernprozessen, welche im Wesentlichen von der Parteisympathie gesteuert werden (Gelman/King 1993; Finkel/Schrott 1995; Bartels 2002). Diese Ansätze erklären die selektive Informationsaufnahme in der Regel mit der motivationalen Disposition eines Individuums (zum Beispiel verfolgen systematisch verarbeitende Individuen *accuracy goals*, während konsistenzsuchende (und damit Heuristiken nutzende) Individuen von *directional goals* angetrieben werden) und stehen keineswegs im Widerspruch zu den Annahmen der dualen Informationsverarbeitungstheorien. Im Gegenteil, Chen u. a. (1999) zeigen, dass sich die motivations- und konsistenztheoretischen Annahmen bestens in die duale Informationsverarbeitungstheorie integrieren lassen.

Das heißt, beide – Eliten wie Basis – kommen *unabhängig* voneinander zum selben Ergebnis, und zwar deswegen, weil sie *dieselben politischen Grundüberzeugungen teilen*.⁴ Auch in einem solchen Fall braucht ein Parteisympathisant die Parolen seiner Partei nicht zwingend zu kennen, um gleichwohl so zu stimmen, wie es die Parteileitung nahe legt. Trifft diese Einschätzung zu, dann kann den Parteien selbstredend kein hohes Steuerungspotenzial attestiert werden – außer man argumentiert, dass die Parteisympathie sogar abstrakte Wertevorstellungen zu formen vermag.⁵ Auf jeden Fall bedeutet dies für die nachfolgende Analyse, dass für den Effekt der Werthaltungen kontrolliert werden muss.

b) Wovon ist die Wahl der Informationsverarbeitungsstrategie abhängig?

Es wird postuliert, dass die Wahl⁶ der Verarbeitungsstrategie – heuristisch, systematisch oder ein Zusammenspiel beider Modi – auf der Individualebene maßgeblich von zwei Faktoren abhängt. Erstens davon, welche Bedeutung man den Schlussfolgerungen der Informationsverarbeitung bemisst (persönliche Bedeutungszumessung) und zweitens davon, wie stark ausgebaut die individuellen Verarbeitungskapazitäten sind (Sophistikationsniveau). Die Stärke des Parteeinflusses (heuristischer Pfad) und diejenige des Einflusses der Werthaltungen (systematischer Pfad) auf die Haltung zu den Argumenten wird also von den nachfolgenden *Moderatorvariablen* mitbeeinflusst.

- 4 Dabei ist natürlich klar, dass auch die Herleitung von spezifischen, sachfragenbezogenen Einstellungen aus grundlegenden Prinzipien nicht völlig voraussetzungslos ist: Es bedarf eines gewissen Kontextwissens, um diese Bezüge herstellen zu können. Dieses Kontextwissen wiederum wird in der Regel von den politischen Eliten – in der Form bestimmter Deutungsmuster – bereit gestellt. Das heißt, eine aus abstrakten Wertevorstellungen hergeleitete issuebezogene Position ist demnach kein selbstständig entwickelter politischer Standpunkt. Aber dieser Prozess ist in dem Sinne als „unabhängig“ (oder systematisch) zu bezeichnen, als die *einmal etablierten* Bezüge zwischen Werten und konkreten Issue-Orientierungen *unabhängig* von den sich möglicherweise *wandelnden Parteibezügeln* funktionieren.
- 5 Wofür es allerdings empirische Hinweise gibt: siehe Campbell u. a. 1960; Bartels 2002; Goren 2005.
- 6 Der Begriff „Wahl“ hat ein stark voluntaristisches Moment und impliziert eine (dem handelnden Individuum bewusste) Absicht. Verarbeitungsstrategien werden jedoch häufig unbewusst angewandt; sie sind in der Regel automatisch ablaufende, habitualisierte mentale Prozesse, wenngleich auch die bewusste Wahl einer Heuristik möglich ist (siehe Lau/Redlawsk 2001). Trotzdem halten wir den Begriff „Wahl“ in diesem Zusammenhang für besser geeignet als etwa den neutralen Begriff der Verwendung, weil er die aus dem Suffizienzprinzip (Eagly/Chaiken 1993) resultierende *Motivation*, sich systematisch zu engagieren, präziser umschreibt.

1) Sophistikonationsniveau: Dass das politische Kompetenzniveau ausschlaggebend dafür ist, ob von Heuristiken Gebrauch gemacht wird oder nicht, ist ein Allgemeinplatz der politischen Psychologie (z. B. Kahn/Kenney 1997; Sniderman u. a. 1990; Zaller 1992). Welcher Art ist diese Beziehung zwischen Kompetenzniveau und Wahl der Informationsverarbeitungsstrategie? Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass die Kombination beider Modi bereits ein gewisses Maß an politischer Kompetenz voraussetzt. Der politische Novize, aber auch der „rationale Ignorant“ sind aufgrund ihres eklatanten Unwissens über Politik gar nicht erst imstande, inhaltliche Argumente zu beurteilen. Sie kommen demnach weder als systematische noch als systematisch-heuristische Verarbeiter infrage.⁷ Bei den anderen – also solchen, die zumindest ein mäßiges Kompetenzniveau aufweisen⁸ – sind zwei, sich möglicherweise aufhebende Effekte vorstellbar: Einerseits ist zu erwarten, dass mit steigendem Kompetenzniveau auch die Fähigkeit zunimmt, Informationen mit den eigenen Prädispositionen abzugleichen. Hinzu kommt, dass politisch hochmotivierte Individuen Medienbotschaften stärker ausgesetzt sind, womit logischerweise auch die Wahrscheinlichkeit steigt, im Verlaufe einer Kampagne von den Standpunkten der eigenen Partei zu erfahren (Zaller 1992). Kurz, je höher das Involvierungs-niveau, desto eher ist die Parteilinie bekannt und desto stärker dürfte der Einfluss der Parteieuristik sein. Ergo ist zu erwarten, dass die informierten Parteilinien die beiden Verarbeitungsmodi *häufiger* kombinieren als die uninformierten Sympathisanten (Ressourcenhypothese a).

Dagegen spricht aber der Umstand, dass nur die Polit-Experten unter den Stimmbürgern fähig sind, ihre Haltung zu einer Policy-Frage *alleine* aus ihren übergeordneten Wertevorstellungen herzuleiten. Denn dazu braucht es eine kohärente Ideologie – etwas, das nur die politisch stark involvierten Bürger

- 7 An dieser Stelle ist es möglicherweise hilfreich, nochmals darauf hinzuweisen, dass die Grundgesamtheit der Analyse von denjenigen gebildet wird, welche die systematische Route der Informationsverarbeitung eingeschlagen haben. Denn es geht darum, die Haltung zu den Argumenten zu erklären. Wer eine solche besitzt, hat sich offenbar mit dem Entscheidungstoff auseinandergesetzt und demnach systematisch entschieden. Es stellt sich somit nicht die Frage, wer heuristisch und wer systematisch vorgeht, sondern wer Informationen systematisch (d. h., parteiunabhängig) verarbeitet und wer inhaltliche Elaboration mit heuristischen Hinweisreizen *kombiniert*.
- 8 Die Frage, wie gut man informiert sein muss, um Argumente ideologisch verorten zu können, ist in gewisser Hinsicht tautologisch: Wer dies kann, der gilt als gut informiert. Die Diskussion der Operationalisierung des politischen Kompetenzniveaus (im Anhang) wird indes zeigen, dass uns die Mittel fehlen, diese Form von praktischer Kompetenz zu messen. Wir sind im Wesentlichen auf Erinnerungsfragen und eine indirekte Beweisführung (Motivfragen) angewiesen.

haben (Converse 1964; Sniderman 2000). Somit ist von dieser Gruppe auch am ehesten ein von den Elitensignalen unabhängiger, d. h., *systematischer* Entscheid zu erwarten (Ressourcenhypothese b). In dieselbe Richtung weist im Übrigen auch die *low information rationality*-Hypothese von Popkin (1991): Je geringer der politische Involvierungsgrad, desto eher ist man auf Heuristiken angewiesen.⁹ Zusammenfassend gilt also: Es sind zwei gegenläufige Effekte zu erwarten, die sich möglicherweise gegenseitig aufheben, mit dem (möglichen) Resultat, dass der *Nettoeffekt* der Informationsinteraktion Null beträgt.

Das Kompetenzniveau ist nicht nur von Individualmerkmalen abhängig, sondern selbstredend auch von Kontextfaktoren. Diese Studie beschränkt sich jedoch – primär aus Machbarkeitsüberlegungen – auf Individualmerkmale. Damit sei keineswegs gesagt, dass Kontextfaktoren bei der Wahl der Bearbeitungsmodi im Generellen und der Rezeption von Argumenten im Speziellen nur eine marginale Rolle spielen. Um den Einfluss von Kontextfaktoren testen zu können, müsste die Anzahl der Fälle allerdings um ein Vielfaches erhöht werden. Das wiederum erfordert eine Generalisierung aller abgefragten, inhaltlichen Vox-Argumente – ein Projekt, das zwar angerissen wurde, aber weiterhin seiner Erfüllung harrt.

2) Persönliche Bedeutungszumessung: Zuletzt ist außerdem zu erwarten, dass die subjektive Bedeutung, welche ein Bürger der betreffenden Vorlage beimisst, darüber entscheidet, ob er den systematischen oder den heuristisch-systematischen Pfad einschlägt (Chen u. a. 1999): Hohe Betroffenheit löst eine starke Motivation aus, sich detailliert-systematisch mit dem Vorlageninhalt auseinanderzusetzen, während mittlere oder geringe Betroffenheit eher zur Benutzung einer mentalen Abkürzung verleiten (Motivationshypothese).

c) Die Priming-Theorie: Kampf um die Deutungshoheit bei Sachabstimmungen

Politische Sachfragen tangieren in der Regel nicht nur *eine*, sondern zumeist *mehrere* Wertedimensionen, die sich außerdem nicht immer ergänzen, sondern häufig im Widerspruch zueinander stehen (etwa die Werte Freiheit und Gleichheit,

9 Darüber, welches dieser Argumente die höhere Plausibilität aufweist, gehen die Meinungen auseinander: Zaller (1996: 57 f.) spricht den politisch stark involvierten Bürgern jegliche Kritikfähigkeit ab. Sie sind in seinen Augen indoktrinierte Parteisoldaten, die sich in keinsten Weise von den Ansichten ihrer Partei zu emanzipieren vermögen. Russell Dalton (1984) hingegen preist den hoch gebildeten Parteiunabhängigen (*apartisan*) als unabhängig und undogmatisch.

vgl. hierzu Sniderman u. a. 1996). Mit welchen Wertedimensionen die betreffende Sachfrage verknüpft wird, ist nun entscheidend für das Stimmverhalten (zum Konzept des Framing siehe etwa Gamson/Modigliani 1989). Dessen sind sich die politischen Elitenakteure bei Abstimmungskämpfen sehr wohl bewusst und deshalb werden regelrechte Kämpfe um die Deutungshoheit ausgefochten. Dominiert ein bestimmter Wertebezug, wird mit anderen Worten eine bestimmte Facette der vorgelegten Sachfrage „geprimed“¹⁰, so ist es wahrscheinlich, dass die betreffende Wertedimension auch mehrheitlich als Evaluationsgrundlage zur Bewertung der Vorlage herangezogen wird. Der Entscheid zu einer vorgelegten Sachfrage hängt also immer auch davon ab, welche Erwägungen gerade „on the top of one’s head“ sind (Zaller 1992).

Diese Wertbezüge werden bei direktdemokratischen Entscheiden indirekt auch in den vorgelegten Argumenten zum Ausdruck gebracht. Da die Argumente jedoch – wie oben ausgeführt – weniger aufgrund ihrer inhaltlichen Überzeugungskraft bewertet werden, sondern vielmehr in Abhängigkeit von demjenigen, der sie kommuniziert, dürfte sich der Kampf um das dominante Deutungsmuster kaum im Antwortverhalten zu den Argumenten niederschlagen. Vielmehr manifestiert sich die Themenagenda in der systematischen Auseinandersetzung. Indes sind Priming-Effekte nicht mit einer Ohnmacht der Parteien bei Sachabstimmungen gleichzusetzen. Die Parteien haben vielmehr einen beträchtlichen Einfluss darauf, welche thematischen Aspekte einer Vorlage vom Stimmbürger als Bewertungsgrundlage herangezogen werden. Ansolabehere und Iyengar (1995: 88) betrachten das Priming gar als ein „highly partisan phenomenon“, insofern als die Parteien in ihren Kampagnen in aller Regel diejenigen Aspekte hervorheben, von denen sie wissen, dass sie in ihren Anhängerschaften ohnehin starken Anklang finden (Iyengar/Kinder 1987). In jedem Fall bedeutet es, dass wir in der nachfolgenden Analyse für Priming-Effekte kontrollieren müssen.

3. Hypothesen, Daten und Operationalisierung

Um einen besseren Überblick zu ermöglichen, werden nachfolgend die Hypothesen kurz zusammengefasst:

1. Verzerrungshypothese: Die Akzeptanz (bzw. die Ablehnung) von Abstimmungsargumenten hängt im Wesentlichen von der Parteisympathie ab. Dies trifft vor allem für die Anhängerschaft derjenigen Partei zu, welche die

10 Zur Priming-Theorie siehe: Fiske/Taylor 1991; Krosnick/Kinder 1990; Iyengar/Kinder 1987; Nelson/Oxley 1999; de Vreese 2004.

jeweilige Initiative lanciert hat und weiter für diejenigen Argumente, welche diese Partei *aktiv* vorgebracht hat.¹¹

2. Die Wertehypothese ist die dazugehörige Gegenhypothese und postuliert eine parteiunabhängige (rein systematische) Auseinandersetzung mit dem Vorlageninhalt: Die Akzeptanz (bzw. Ablehnung) von Abstimmungsargumenten hängt von den grundlegenden politischen Wertüberzeugungen ab.

3. Ressourcenhypothese a (Zaller 1992): Je höher das politische Involvementsniveau, desto eher sind Parteieuristiken bekannt und desto stärker ist die Fähigkeit ausgebildet, Parteilinie und Argumentenhaltung in Einklang miteinander zu bringen (und ergo: desto parteikonformer die Argumentenhaltung).

4. Ressourcenhypothese b (Popkin 1991): Je höher das politische Involvementsniveau, desto geringer die Abhängigkeit von mentalen Abkürzungen (und ergo: umso parteiunabhängiger die Argumentenhaltung).

5. Relevanzhypothese: Je höher die persönliche Bedeutung der Vorlage, desto parteiunabhängiger die Argumentenhaltung.

Wir erwarten des Weiteren Priming-Effekte: Unterscheidet sich die Themenagenda zwischen Abstimmungskampagnen, dominieren unterschiedliche Wertbezüge das Abstimmungsverhalten.

Die Daten, welche der vorliegenden Analyse zugrunde liegen, sind die Vox-Umfragen zu den besagten Abstimmungen (Vox 78 und Vox 91, für weitere Details: technische Berichte zu beiden Umfragen). Die Vox-Umfragen sind repräsentative Nachbefragungen zu den Schweizer Sachabstimmungen, die seit 1977 regelmäßig durchgeführt werden. Die hier verwendeten Samples umfassen 1003 (Vox 78) bzw. 1013 Befragte (Vox 91), wobei die Befragung innerhalb von drei Wochen nach dem Abstimmungstermin durchgeführt wurde. Die Operationalisierung der Konstrukte wird im Anhang detailliert dargelegt.

4. Fallbeschreibung: Die Abstimmungen über die Goldinitiative und über die KOSA-Initiative

Nachfolgend soll die spezifische Struktur der Entscheidungssituation bei beiden Abstimmungen – d. h., die Konfliktkonstellation, der Abstimmungskampf, die Argumente und die generelle Informiertheit – erläutert werden. Die Fälle wurden ausgewählt, weil die beiden Initiativen eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten

11 Wenn es zutrifft, dass die inhaltliche Auseinandersetzung mit einer Vorlage dazu dient, seine Präferenzen mit der Haltung seiner Partei in Einklang zu bringen (Zaller 1992), dann wird dies denjenigen Parteisympathisanten am ehesten gelingen, deren Parteivertreter in den Medien am *sichtbarsten präsent* waren.

aufwiesen (insbesondere: ähnliche Thematik, ähnliche inhaltliche Forderungen und zum Teil fast identische Argumente), sich jedoch hinsichtlich weniger, aber für die Untersuchung zentraler Variablen unterschieden (vor allem: Konfliktkonstellation).¹²

Tabelle 1
Abstimmungsergebnisse

Vorlage	Ja-Anteil in % (Anzahl Stimmen)	Anzahl Kantone Ja	Stimmbet. in %
Volksinitiative „Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds“ („Goldinitiative“)	46,4 (984.058)	6	45,2
Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ („KOSA-Initiative“)	41,7 (973.831)	2,5	48,9

12 Es ist vollkommen klar, dass hier keine idealtypische Most-Similar-Design-Analyse vorliegt. Denn die beiden Fälle unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich eines Kontextfaktors. So war nicht bloß die Konfliktkonstellation bei der Goldinitiative eine andere als bei der KOSA-Initiative, auch die Debatten wurden mit unterschiedlicher Intensität geführt. Dies wird weniger an der Anzahl der in sechs großen Schweizer Tageszeitungen aufgegebenen Inserate in den letzten vier Wochen vor dem Abstimmungstermin deutlich (Goldinitiative und Gegenvorschlag: 120, KOSA-Initiative: 99), als vielmehr an der Relevanz, welche die Befragten den beiden Vorlagen attestierten: Die Goldinitiative wurde von den Vox-Befragten für signifikant wichtiger (Wert 6,6 auf einer Skala von 0 (keinerlei Bedeutung) bis 10 (sehr hohe persönliche Bedeutung)) eingestuft als die KOSA-Initiative (Wert 5,8). Ansonsten glichen sich die beiden Abstimmungen jedoch im Großen und Ganzen: Die Vorlagen bereiteten den Stimmbürgern in etwa dieselben Entscheidungsschwierigkeiten (Anteil derjenigen, welchen der Entscheid leicht gefallen ist: Goldinitiative: 70 %, KOSA-Initiative: 61 %, Mittelwert 1981-1999: 52 %). Die materielle Komplexität beider Vorlagen ist demnach vergleichbar hoch. Auch die Dynamik des Entscheidprozesses unterscheidet sich zwischen den beiden Abstimmungen nicht groß: In der letzten Woche fielen 23 (Goldinitiative) bzw. 22 % (KOSA-Initiative) der Stimmbürgerschaft ihren Entscheid. Wegen der starken Medienpräsenz der Goldinitiative blieb diese der Stimmbürgerschaft zwar besser in Erinnerung (88 % nannten auf die Frage, worüber abgestimmt wurde, spontan die Goldinitiative) als die KOSA-Initiative (Anteil: 70 %), die Unterschiede sind jedoch nicht dramatisch. Selbst das Maß der Elitenkonfliktivität (gemessen am Verhältnis zwischen Ja- und Nein-Stimmen im Parlament), von dem ein erheblicher Einfluss auf das Stimmergebnis erwartet wird (Trechsel/Sciarini 1998), ist vergleichbar hoch (77,5/22,5 bzw. 66,7/33,3 %). Zuletzt glichen sich außerdem die Beteiligungsraten (45,2 bzw. 48,9 %) wie auch die Ja-Stimmenanteile (46,4 bzw. 41,7 %). Kurz, das Problem der Nichtberücksichtigung von Kontextfaktoren wurde mit der geschilderten Fallauswahl beileibe *nicht gelöst*, aber doch wenigstens *deutlich entschärft*.

a) Abstimmung über die SVP-Goldinitiative und den Gegenentwurf

Am 22. September 2002 hatte das Schweizer Stimmvolk u. a. über die von der rechtskonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) eingereichte Volksinitiative „Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds“ (Goldinitiative) zu befinden. Das Begehren wurde lanciert, um die von der Regierung (Bundesrat) geplante Solidaritätsstiftung¹³ zu verhindern und verlangte eine Übertragung aller nicht mehr benötigten Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank (21,1 Mrd. CHF) auf den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV, gesetzliche Rentenversicherung der Schweiz). Die Initiative wurde von Regierung und Parlament wie auch von drei der vier Regierungsparteien – den beiden Mitte-Parteien CVP (Christlichdemokratische Volkspartei) und FDP (Freisinnig-Demokratische Partei) sowie von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) – zur Ablehnung empfohlen. Bundesrat und Parlament unterbreiteten zudem einen Gegenvorschlag¹⁴, welcher vorsah, den Erlös aus den überschüssigen Goldreserven auf einen Fonds zu übertragen, dessen Ertrag sodann zu je einem Drittel an die AHV, die Kantone und die Solidaritätsstiftung gehen sollte.

Der Abstimmungskampf wurde äußerst hitzig geführt. Die Auseinandersetzung drehte sich vor allem um die Rolle der Schweiz im internationalen Umfeld, wobei insbesondere die Solidaritätsstiftung polarisierte. Diese war in den Augen ihrer Gegner das Ergebnis von „Erpressungsversuchen aus dem Ausland“, denen sich eine unabhängige Schweiz nicht beugen dürfe. Die Haltung zur Solidaritätsstiftung war wiederum eng verknüpft mit der inneren Grundeinstellung zur Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg, welche in den späten 90er-Jahren wie kaum eine andere politische Frage das traditionelle Selbstverständnis vieler Schweizer und Schweizerinnen tangierte (Mahnig/Milic 2002). Gegensätzliche Wertevorstellungen – wertbezogener Modernismus vs. wertbezogener Traditionalismus (Nef 1988) – spielten also eine zentrale Rolle beim Entscheid über die Goldinitiative und den Gegenvorschlag.

Bei der Vox-Nachbefragung zu diesem eidgenössischen Urnengang wurden unter anderem zehn inhaltliche Argumente getestet – je vier Pro- und Kontra-

- 13 Mit der Solidaritätsstiftung hätten die Opfer humanitärer Katastrophen finanziell unterstützt werden sollen. Die Stiftungsidee entstand im Zuge der Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Sie wurde von der Regierung unterstützt, jedoch insbesondere von rechtsgerichteten Kreisen vehement bekämpft.
- 14 Regierung und Parlament können jedem Volksbegehren einen Gegenentwurf gegenüberstellen, der dem Volk zusammen mit der Initiative zur Abstimmung unterbreitet wird.

Argumente und zwei Doppel-Nein-Argumente.¹⁵ Der genaue Wortlaut der gesteteten Statements, ihre generellen Zustimmungswerte sowie diejenigen der einzelnen Parteienanhängerschaften sind in der Tabelle 7 im Anhang angeführt. Eine Analyse¹⁶ des Einflusses der inhaltlichen Argumente auf den Stimmentcheid bestätigt Kriesis Befund: Die Haltung zu den Argumenten erklärt einen beachtlichen Anteil der Varianz im Stimmverhalten zur Goldinitiative – selbst wenn für weitere, entscheidrelevante Variablen wie Parteisympathie, Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Wertepräferenzen kontrolliert wird. Der Schweizer Stimmbürger hat bei der „Goldabstimmung“ mithin großmehrheitlich argumentbasiert (d. h. systematisch) entschieden.

Allerdings mag an dieser Stelle eingewendet werden: Ist es zulässig, allein von der *Angabe* einer Argumentenhaltung darauf zu schließen, dass das betreffende Individuum sich mit diesem Argument auch *tatsächlich systematisch auseinandergesetzt* hat? Nein, aber der Umstand, dass die angegebenen Argumenten-Attitudes stark mit dem Entscheid (und im Übrigen auch mit der Links-Rechts-Selbsteinstufung) korrelieren, ist ein Beleg dafür, dass die Stimmbürger fähig waren, sachpolitische Positionen voneinander zu unterscheiden und ideologisch zu verorten. Diese Fähigkeit wiederum können nur diejenigen besitzen, die sich mit der Entscheidungsmaterie auch *inhaltlich* auseinandergesetzt haben.

Indes kann nicht ausgeschlossen werden, dass Befragte ihre inhaltlichen Positionen und ihren Entscheid *nachträglich* synchronisierten.¹⁷ Zwei Vox-Befragungsaspekte wirken sich zumindest nicht hinderlich auf ein solches Verhalten aus: Zum einen werden die Argumente *nach* dem Stimmentcheid abgefragt, womit die Möglichkeit einer nachträglichen Rationalisierung auf jeden Fall nicht ausgeschlossen werden kann (Hastie/Park 1986; Tourangeau u. a. 1989; Price 1991). Zum anderen enthalten die Argumente nicht selten gewisse Kontextinformationen, die es dem Befragten, selbst wenn er diese Statements zum allerersten Mal hört, massiv erleichtern, eine mit dem Entscheid konsistente Haltung anzugeben (Mueller 1973; Zaller/Feldman 1992). Beispielsweise beginnt eines der Argumente zur Goldinitiative mit den folgenden Worten: „Mit

15 Wer den Status quo – die Ausschüttung des Golderlöses ausschließlich an die Kantone zu deren freien Verwendung – den beiden Vorlagen vorzog, konnte zweimal mit Nein stimmen.

16 Die Analyseergebnisse sind auf Anfrage beim Autor erhältlich.

17 Larry Bartels und Christopher Achen resümieren am Ende ihrer Untersuchung des Parteeinflusses auf den Wahlentscheid (2006: 44): „Most of the time, voters merely reaffirm their partisan and group identities at the polls. They do not reason very much or very often. *What they do is rationalize* (Meine Hervorhebung, TM)“.

der Goldinitiative der SVP [...]“. Ein der Parteilinie folgender SVP-Anhänger benötigt keine *weiteren* Informationen, um eine mit seinem Entscheid konforme, inhaltliche Position angeben zu können. Für die nachfolgende Analyse bedeutet dies, dass wir zwischen heuristisch und systematisch lösbaren Argumenten unterscheiden müssen, um eine Ergebnisverzerrung durch Rationalisierungseffekte so gut als möglich ausschließen zu können.

b) Abstimmung über die Initiative „Nationalbankgewinne für die AHV“

Vier Jahre nach dem Scheitern der SVP-Goldinitiative lehnte das Schweizer Stimmvolk am 24. September 2006 auch die von einem links-grünen Komitee getragene Initiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ (KOSA-Initiative) ab. Diese verlangte, dass – abzüglich eines Kantonsanteils von einer Milliarde Franken – die Nationalbankgewinne in Zukunft der AHV zugute kommen sollten. Somit ging es bei diesem Begehren nicht um eine *einmalige Ausschüttung der Erträge* der nicht mehr benötigten Währungsreserven, sondern um die Verteilung der *Gewinne* der SNB. Die beiden Vorlagen forderten demnach nicht dasselbe. Indes, in beiden Fällen war die AHV der (primäre) Verwendungszweck des Geldes und das SNB-Gold im weitesten Sinne die Geldquelle. Was sich unterschied, war die *Form* der Finanzierung.

Wurden diese eher subtilen inhaltlichen Unterschiede zwischen den beiden Vorlagen vom Stimmbürger wahrgenommen? Die quantitative Auswertung der Inhalts- und Motivangaben zum KOSA-Entscheid liefert so gut wie keinen Hinweis darauf, dass die Finanzierungsform in die Entscheidungsfindung mit einfluss (Milic/Scheuss 2006). In den Augen der Stimmbürgerschaft wurde an den beiden Urnengängen über zwei, in den wesentlichen Punkten gleich lautende Begehren abgestimmt. Dieser Umstand ist für die nachfolgende Analyse zentral, denn er impliziert, *dass eine (partei-)unabhängige Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Vorlage in beiden Fällen zu einer ähnlichen Bewertung geführt haben müsste.*

Auch bei der KOSA-Initiative wies der Entscheid eine starke argumentativ-inhaltliche Komponente auf. Die Stimmbürger konnten ihren Entscheid in der Regel inhaltlich rechtfertigen, und er stand auch in Übereinstimmung mit ihrer argumentativen Position (Milic/Scheuss 2006).

c) Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Abstimmungen

Die Sachfragen, über die das Stimmvolk zu entscheiden hatte, waren in den Augen der Stimmbürgerschaft dieselben. Indes, die Entscheidungssituation war an den beiden untersuchten Abstimmungswochenenden nicht identisch – und einige der maßgeblichen Unterschiede machen den Vergleich zwischen den beiden Vorlagen erst richtig interessant. Einer dieser Unterschiede betrifft die Konfliktkonstellation im Vorfeld der Abstimmung. Während die Goldinitiative von der SVP unterstützt, von den restlichen Bundesratsparteien hingegen bekämpft wurde, sah die Konfliktkonstellation bei der KOSA-Initiative genau andersherum aus: Ein Mitte-Rechts-Abstimmungsbündnis (CVP, FDP, SVP) trat gegen die vereinigte Linke an. Obwohl inhaltlich sehr ähnlich, wurden die Begehren mithin von *unterschiedlichen* politischen Lagern unterstützt. Zudem legten die beiden Lager zum Teil dieselben Argumente vor! So wurde von den Initiativgegnern beide Male das Argument vorgebracht, dass das Begehren lediglich eine Scheinlösung sei. Im Falle der CVP und der FDP, die *beide Male* zum Lager der *Initiativgegner* zählten, wurde inhaltlich *konsequent* argumentiert. Die beiden Initiativurheber, SPS und SVP, hingegen *änderten* ihre Haltung: Das Scheinlösungs-Argument wurde bei der Abstimmung über die „eigene“ Initiative vehement *zurückgewiesen*, bei der Vorlage des ideologischen Gegners jedoch *unterstützt*.

Im Hinblick auf mögliche Priming-Effekte interessiert uns weiter, ob sich die Thematisierungsstrategien zwischen den beiden Kampagnen unterschieden. Bei der Abstimmung über die Goldinitiative wurde die Agenda des öffentlichen Diskurses von der Solidaritätsstiftung breit besetzt. Und die Haltung zur Solidaritätsstiftung wiederum war in starkem Maße von der Traditionsgebundenheit der individuellen Wertevorstellungen abhängig. Die Auseinandersetzung um die KOSA-Initiative hingegen drehte sich hauptsächlich um Kostenfragen und andere ökonomische Aspekte, tangierte demnach vor allem ordnungs- und finanzpolitische Ansichten (Milic/Scheuss 2006). Der Umstand, dass bei den beiden Abstimmungen *unterschiedliche Issues* salient waren, könnte also ein Grund dafür sein, dass sich die Haltungen der SVP- und SPS-Parteianhängerschaften derart dramatisch verschoben haben. Dafür sprechen die distinkten Vorlageninhalte, welche bei den beiden Befragungen genannt wurden und ebenso die Stoßrichtung der verwendeten Argumente. Indes, ob das Issue-Salienz-Modell tatsächlich zur Erklärung der Argumentenhaltung beiträgt, kann nur eine multivariate Analyse zeigen. Sie folgt im nächsten Abschnitt.

5. Analyse

Wie reagierten nun die Wählerschaften auf diesen „Meinungswechsel“ ihrer Parteieliten? Wie eine simple bivariate Analyse offenlegt, zogen sie mehrheitlich mit: 83 % der SPS-Anhängerschaft beispielsweise hielten die von der SVP-Goldinitiative vorgeschlagene „Geldspritze“ für unzureichend, um der AHV langfristig zu helfen (vgl. Tabelle 7 im Anhang). Bei der KOSA-Initiative hingegen war nur noch die Hälfte davon überzeugt, die Nationalbankgewinne würden die Probleme der AHV nicht lösen. Genau umgekehrt verhält es sich bei der SVP-Wählerschaft: Bei „ihrer“ Initiative zeigte sich eine Mehrheit (53 %) zuversichtlich, dass die Gelder ausreichen würden, um die AHV auch langfristig sichern zu können. Bei der KOSA-Initiative ist von dieser Zuversicht nichts mehr zu spüren: 78 % hielten die SPS-Vorlage für eine Scheinlösung. Bemerkenswert ist aber auch das Antwortverhalten der anderen Parteienhängerschaften und der Parteiloseren zu diesem Kontra-Argument – wobei es zu beachten gilt, dass die Mitte-Parteien, Regierung und Parlament bei *beiden* Vorlagen die Nein-Parole empfahlen: Der Anteile derer, die mit diesem Kontra-Argument einverstanden sind, ist konstant hoch und – noch viel bemerkenswerter – er hat sich zwischen den beiden Abstimmungen kaum geändert. Diese rein bivariate Auswertung der Akzeptanzwerte des Scheinlösungs-Arguments ist selbstredend noch kein Beweis, aber doch ein erstes Indiz dafür, dass die Parteienhängerschaften die argumentativ veröffentlichten Standpunkte ihrer Partei erstens stark beachteten und zweitens auch ihre Präferenzen der Parteilinie anpassten. Wie stark die Parteisympathie die Argumentation beeinflusst, soll nun eine multivariate Modellschätzung zeigen.

Um die ersten sechs Hypothesen überprüfen zu können, wurden zwei Modelle spezifiziert. Im ersten Modell bildet die Einstellung zum jeweiligen Argument (ordinalskaliert) die abhängige Variable. Die Antworten zu den abgefragten Statements wurden – wo nötig – rekodiert, sodass positive Werte (+2, +1) stets für eine behördenunterstützende, negative Werte (-2, -1) hingegen stets für eine behördenkritische Position stehen. Diese individuellen Scores für die einzelnen Argumente wurden sodann zu einer globalen, zusammengefassten Argumentenhaltung mit drei Merkmalsausprägungen (behördenkritisch, neutral, behördenunterstützend) addiert. Bei der Goldinitiative wurde zwischen Argumenten, die einen heuristischen Hinweisreiz enthalten (*cued messages*) und

solchen, die keinen enthalten (*uncued messages*), unterschieden. Bei der KOSA-Initiative wurde zwischen Pro- und Kontra-Argumenten unterschieden.¹⁸

Die Argumentenhaltung wurde sodann auf die folgenden Variablen re-gredierte:

1. Wertehaltungen: Diese stehen für eine systematisch-inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Stimmenthema. Dabei wurde der Einfluss von zwei, den Abstimmungsfragen zugrunde liegenden Konfliktdimensionen – der Gegensatz zwischen wertbezogenem Modernismus und Traditionalismus (Variable „Tradition“) und der klassische sozioökonomische Konflikt (Variablen „Eatismus“ und „Privatisierung“) – auf die Argumentenposition getestet.¹⁹

2. Parteiidentifikation: Der Einfluss der Parteisympathie bei Konstanzhaltung der Wertevorstellungen weist die relative Stärke der Parteiheuristik aus. Dabei wurden sechs Dummy-Variablen gebildet: je eine für die vier Regierungsparteien, eine für die Nicht-Bundesratsparteien (NBR) und eine für die Parteiunabhängigen (PUG). Letztere bilden in der Analyse die Referenzgröße für die Ermittlung des Einflusses der restlichen Dummy-Variablen.

3. Regierungsvertrauen: Das Vertrauen in die Regierung ist eine Heuristik, welche bei sachpolitischen Entscheiden erwiesenermaßen genutzt wird (Kriesi 2005). Dieser Vertrauensheuristik (Hovland/Weiss 1951) gilt mein Interesse zwar nur beschränkt. Indes, da ihre Verhaltensrelevanz bei den Argumenten für den bundesrätlichen Gegenentwurf nicht unbedeutend gewesen sein dürfte, habe ich sie in mein Erklärungsmodell miteinbezogen. Für diese Trust-Heuristik sind dieselben (Haupt- wie auch Interaktions-)Effekte wie für die Partei-Heuristik zu erwarten.

4. Kompetenzniveau: Zu erwarten ist primär ein *moderierender* Einfluss der politischen Kompetenz auf die Argumentenhaltung. Jedoch ist bei der Rezeption komplexer, elitärer Argumente ein zusätzlicher, *direkter* Effekt der Informiertheit plausibilisierbar (Lutz 2007).²⁰

18 Gemäß einer vielleicht etwas verwirrenden sprachlichen Konvention gelten als Pro-Argumente diejenigen, die von der *Behördenseite* vorgelegt wurden (d. h. *Pro-Behörden*). Das müssen *nicht* zwangsläufig die Vorlage unterstützende Argumente sein. Im Gegenteil, bei der Goldinitiative und der KOSA-Initiative waren es Argumente, die zur *Ablehnung* der Begehren aufforderten. Einzig beim Gegenentwurf waren die hier als Pro-Argumente bezeichneten Argumente auch solche für ein Ja zur Vorlage!

19 Die Frage nach der Privatisierung von staatlichen Regiebetrieben wurde nur bei der Vox 78 gestellt.

20 Interaktionsanalysen in logistischen Regressionen erfordern außerdem hierarchisch formulierte Modelle, d. h. neben den Interaktionseffekten müssen stets auch die (interaktions-freien) Haupteffekte im Modell enthalten sein (Jaccard 2001).

5. Persönliche Bedeutung der Vorlage: Für die Bedeutungsvariable gilt Ähnliches wie für die Kompetenzvariable: Ihr Einfluss dürfte vor allem moderierender Natur sein.

6. Kontrollvariablen: Drei häufig ausgewiesene Bestimmungsgründe des Stimmverhaltens – die Sprachzugehörigkeit, das Alter und das Geschlecht – wurden als Kontrollvariablen mitberücksichtigt.

Dem Basismodell (Modell 1) wurden in einem zweiten Schritt mehrere Interaktionsterme hinzugefügt (Modell 2), deren „Omnibus-Signifikanz“ mittels hierarchischer Tests ermittelt wurde (Jaccard 2001). Bei diesen Interaktionstermen handelt es sich um die Interaktionen zwischen den Partei-Dummy-Variablen und dem Kompetenzniveau (Hypothesen 3 und 4), zwischen dem Regierungsvertrauen und dem Kompetenzniveau sowie zwischen den Werterhaltungen und der Bedeutungszumessung (Hypothese 5). Die Resultate dieser Modellschätzungen sind in den nachfolgenden Tabellen 2, 4, 7, 8 und 9 ausgewiesen.

Tabelle 2

Goldinitiative und Gegenentwurf: Determinanten der Meinung zu den Argumenten („cued“ und „uncued arguments“, nur Haupteffekte), ordinale Regression

	cued arguments		uncued arguments	
	b/se	%StdX	b/se	%StdX
Haupteffekte				
Tradition	--1.120*** (.21)	-53.5	--.688*** (.18)	-37.6
Etatismus	.057 (.07)	9.6	--.115 (.07)	-16.9
Privatisierung	--.045 (.08)	-6.8	--.041 (.07)	-6.2
SPS-Dummy	1.363*** (.35)	75.0	.860** (.33)	42.5
SVP-Dummy	--1.481*** (.42)	-42.1	--.685* (.33)	-22.3
FDP-Dummy	.484 (.37)	16.8	.361 (.36)	12.3
CVP-Dummy	.582 (.45)	15.8	.577 (.45)	15.6

	cued arguments		uncued arguments	
	b/se	%StdX	b/se	%StdX
NBR-Dummy	.960** (.35)	40.4	.336 (.33)	12.5
Regierungsvertrauen	-.790*** (.13)	-51.4	-.563*** (.12)	-40.2
Informiertheit	-.106 (.24)	-5.2	-.417 (.22)	-18.8
Bedeutung	-.063 (.17)	-4.2	-.101 (.16)	-6.7
Kontrollvariablen				
Landesregion	.464 (.27)	22.7	.664** (.25)	33.9
Alter	-.015* (.01)	-22.4	.003 (.01)	4.6
Geschlecht	.132 (.24)	6.8	.258 (.22)	13.8
cut1	-2.030** (.79)		-1.489* (.72)	
cut2	-1.621* (.79)		-1.230 (.72)	
McKelvey & Zavoina's R ²	0.510		0.308	
No. of cases	458		459	

Signifikanzniveau: ***= $p \leq 0.001$, **= $p \leq 0.01$, *= $p \leq 0.05$.

Die Resultate für die Goldinitiativ- und Gegenentwurf-Argumente zeigen deutlich, dass sowohl Wertevorstellungen als auch Heuristiken einen beträchtlichen Einfluss auf die inhaltliche Argumentation ausüben. Ein breites Segment der Stimmbürgerschaft kommt also trotz *gleichlautender* Parteisymphatien zu *unterschiedlichen* inhaltlichen Schlussfolgerungen, die jedoch mit ihren grundlegenden Wertorientierungen übereinstimmen. Diese Stimmbürger argumentieren parteiunabhängig, verzichten somit auf die Hilfe von Parteiheuristiken.

Daneben existiert aber auch eine Gruppe von Stimmbürgern, welche ihre inhaltlichen Positionen der Parteilinie anpasst. Ein Beleg dafür sind die hohen, prozentualen Änderungsraten der *odds* für die SVP- und die SPS-Anhänger-

schaft, eine inhaltlich behördenunterstützende Position einzunehmen (standardisierte Werte, %StdX). So ist beispielsweise für SVP-Anhänger die Wahrscheinlichkeit, behördenunterstützend zu argumentieren, um 35 Prozentpunkte geringer als für die Restpopulation.²¹ Gar noch höher sind die prozentualen Änderungsraten für die SPS-Sympathisanten. Dies überrascht ein wenig, denn die SPS trat im Abstimmungskampf gemeinsam mit der Regierung und den restlichen Bundesratsparteien gegen die SVP an und war medial somit weniger sichtbar als die SVP. Deshalb wäre zu vermuten gewesen, dass ihre Argumente im vielstimmigen Chor der Goldinitiativgegner ein wenig untergehen würden. Indes scheint sich bei den SPS-Wählern ein *negative likability*-Effekt ergeben zu haben: Die von der SVP unterstützten Argumente (und erst recht solche, welche einen heuristischen Hinweis auf den Urheber der Goldinitiative enthielten) wurden kategorisch abgelehnt.²²

Haben sich bei der Goldinitiative und dem Gegenentwurf die erwarteten Informationseffekte eingestellt? Nein, lautet die etwas ernüchternde Antwort.²³ Außerdem ist auch die Interaktion zwischen Bedeutungszumessung und systematischer Informationsverarbeitung nicht signifikant. Eine vom Kompetenzniveau abhängige, stärkere Bedeutung des heuristischen bzw. systematischen Pfads ist somit nicht nachweisbar. Für heuristisch lösbare Argumente war ein solches Ergebnis zu erwarten: Die heuristischen Hinweise, die in diesen Statements enthalten waren, ermöglichen es den uninformierten Befragten, ihre kognitiven Defizite effizient zu kompensieren. Für die *uncued arguments* sind die präsentierten Resultate jedoch etwas überraschend. Neben dem simplen Umstand, dass die Hypothesen falsch sein könnten, gibt es zwei weitere, denkbare Gründe für die fehlenden Informationseffekte: Erstens haben sich die für die hoch motivierten Stimmbürger formulierten, *gegenläufigen* Informations-

- 21 Diese Zahlen basieren auf den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten, die leichter zu interpretieren sind als die in der Tabelle angegebenen, standardisierten prozentualen Änderungsraten in den *odds ratios*.
- 22 An diesem Befund wird die Argumentationslogik des Beitrags besonders deutlich: Die Entscheidungheit, mit welcher die SPS-Wählerschaft die SVP-Argumente ablehnte, hatte weniger mit ihrem Inhalt (die sozialpolitischen Präferenzen der SPS-Anhänger ließen – wie das nachfolgende Beispiel der KOSA-Initiative demonstriert – grundsätzlich auch eine andere Haltung zu), sondern vor allem mit ihrem Kommunikator zu tun.
- 23 Zieht man zusätzlich die Schätzergebnisse für die *einzelnen* Argumente heran, so stellt man fest, dass sich bei lediglich zwei Argumenten ein signifikanter Informationseffekt ergibt. Einerseits beim Kontra-Argument 1 (CVP-Wählerschaft) und andererseits beim Kontra-Argument 3, wonach die Goldinitiative die Finanzierung der AHV ohne Steuererhöhungen sichere: Gut informierte SVP-Wähler lehnten dieses Argument deutlich stärker ab als ihre mäßig informierten Parteigenossen.

effekte möglicherweise *gegenseitig aufgehoben*. Zweitens (und wohl am plausibelsten) war das generelle Kompetenzniveau bei der hoch umstrittenen Goldinitiative derart hoch, dass sich keinerlei Informationseffekte ergeben konnten.²⁴

Die empirische Evidenz zu den Informationseffekten wird aus der untenstehenden Tabelle 3, welche die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten, behördenunterstützend zu argumentieren, für ausgewählte Gruppen mit unterschiedlichem Kompetenzniveau angibt, noch deutlicher ersichtlich: Ob sehr gut oder nur mäßig bis kaum informiert, macht für die inhaltliche Argumentation kaum einen Unterschied. Was zählt, ist die Parteizugehörigkeit. Allerdings sind Unterschiede zwischen *cued* und *uncued arguments* zu erkennen: Statements, die heuristische Hinweise enthielten, weisen einen deutlich höheren Polarisierungsgrad auf als systematisch lösbare Argumente. Das liegt hauptsächlich an der Gruppe derjenigen mit einer behördenkritischen Stimmdisposition, also den SVP-Wählern und den Regierungsmisstrauischen. Deren Behördenunterstützung liegt bei Argumenten mit heuristischen Hinweisen zwischen 22 und 35 %, bei den heuristiklosen Argumenten hingegen zwischen 40 und 52 %!²⁵

Es ist nicht klar, ob diese beachtliche Varianz im Antwortverhalten zwischen *cued* und *uncued arguments* ein reiner Frageeffekt ist. Unglücklicherweise handelt es sich bei den heuristisch lösbaren Argumenten fast ausschließlich um Kontra-Argumente, also um solche, die von der SVP vorgebracht wurden, während die heuristiklosen Argumente solche waren, welche die Behördenseite vorlegte. Die hohen Zustimmungswerte der SVP-Anhänger für die *cued arguments* liegen also möglicherweise darin begründet, dass sie diese, von ihrer Partei mantrahaft wiederholten Argumente – unabhängig von den heuristischen Hinweisen – sofort als die „eigenen“ Argumente wiedererkennen und entsprechend reagieren konnten, während die Behördenargumente ihnen unbekannt waren und damit ein weniger parteilinienförmiges Antwortverhalten provozierten.

24 Trotz eines überdurchschnittlich hohen Kompetenzniveaus wird es selbstredend Niveauunterschiede gegeben haben. *Diese* Unterschiede im Kompetenzlevel lassen sich jedoch mit den verfügbaren Vox-Erinnerungsfragen nicht mehr rekonstruieren.

25 Kriesi (2005: 186 f.) hat ein strukturell ähnliches Stimmverhalten beobachtet: Bei wenig umstrittenen Vorlagen stimmen durchschnittlich 40 % der *behördenkritisch* argumentierenden Stimmbürger gleichwohl *behördenfreundlich*! Bei stark umstrittenen Vorlagen – und bei solchen Abstimmungen dürften auch die generell genutzten Heuristiken viel eher zur Verfügung stehen – beträgt dieser Anteil hingegen nur noch ca. 10 %.

Tabelle 3

Goldinitiative und Gegenentwurf: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten einer behördenunterstützenden Argumentation für ausgewählte Gruppen mit unterschiedlichem Informiertheitsniveau

	cued arguments		uncued arguments	
	Vorlagenkenntnis		Vorlagenkenntnis	
	gering	hoch	gering	hoch
SVP-Sympathisanten	24 %	22 %	50 %	40 %
SPS-Sympathisanten	76 %	74 %	78 %	70 %
Regierungsmisstrauische	35 %	32 %	52 %	41 %

Der Befund zur KOSA-Initiative ist ähnlich wie derjenige zur Goldinitiative, allerdings mit einem gravierenden Unterschied: Der Konflikt zwischen traditionalistischen und modernen Werten spielte bei der KOSA-Initiative eine weniger bedeutsame Rolle, während der Einfluss *ordnungspolitischer* Ansichten auf die Argumentenhaltung signifikant ist. Daraus schließe ich, dass bei den beiden Abstimmungen unterschiedliche Konfliktdimensionen „geprimed“ wurden: Die Abstimmung über die Goldinitiative und den Gegenentwurf wurde von der SVP (äußerst erfolgreich) zu einem Entscheid über die Solidaritätsstiftung gemacht, während die KOSA-Vorlage in stärkerem Ausmaß auf der Grundlage wirtschafts- und ordnungspolitischer Erwägungen bewertet wurde. Die Unterschiede im Stimmverhalten (und zu einem geringeren Teil auch im Antwortverhalten zu den Argumenten!) sind somit teilweise darauf zurückzuführen, dass *unterschiedliche Wertbezüge aktiviert* wurden (vgl. auch Sniderman u. a. 1996).

Dies schmälert jedoch nicht zwingend den Parteieneinfluss bei dieser Abstimmung, denn für die Themenstrategie („Priming“ und „Framing“) sind primär die Parteien verantwortlich. Doch der Parteieneinfluss auf die inhaltliche Argumentation wirkte bei der KOSA-Abstimmung nicht nur indirekt, sondern auch direkt: Tabelle 4 zeigt, dass die SPS-Anhängerschaft Argumente für ihre Initiative (selbst bei Konstanthaltung wirtschaftspolitischer Ansichten!) deutlich

stärker unterstützte als die Referenzgruppen. Argumente, die von den Initiativgegnern vorgebracht wurden, wies sie gar noch deutlicher zurück.²⁶

Tabelle 4

KOSA-Initiative: Determinanten der Meinung zu den Argumenten (nur Haupteffekte), ordinale Regression

	Behördenargumente (pro)		Oppositionsargumente (con)	
	b/se	%StdX	b/se	%StdX
Haupteffekte				
Tradition	.349* (.15)	29.0	--.092 (.15)	-6.5
Etatismus	.091 (.06)	15.7	.133* (.06)	23.9
SPS-Dummy	--.907*** (.27)	-32.5	--.596* (.26)	-22.8
SVP-Dummy	.098 (.32)	3.8	--.246 (.31)	-8.9
FDP-Dummy	.369 (.37)	12.1	.802* (.37)	28.2
CVP-Dummy	--.001 (.38)	0.0	--.289 (.37)	-7.2

26 Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass die von der SPS vorgelegten Argumente (Kontra-Statements) eine Anziehungskraft auf die SVP-Anhängerschaft hatten. Darauf deutet der negative (allerdings nicht signifikante!) Zusammenhang zwischen SVP-Parteisympathie und Argumentenhaltung hin, ebenso wie die in Tabelle 5 angeführten vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für eine behördenunterstützende Argumentation. Dabei waren es vor allem die mäßig informierten SVP-Wähler, welche den SPS-Argumenten beipflichteten, was sich im signifikanten Informationseffekt zwischen Parteiidentifikation und Argumentenhaltung manifestiert (siehe Tabelle 9 im Anhang). Dieser Befund ist ein Indiz dafür, dass sich die „sachpolitische Kehrtwende“ der SVP zur Frage der Verwendung des Nationalbankgoldes noch nicht völlig in den entsprechenden Meinungen der politisch weniger interessierten SVP-Anhänger durchgesetzt hat. Woran liegt das? Wir besitzen nur schwache Indizien, aber am plausibelsten erscheint die Begründung, dass diese Gruppe von SVP-Wählern – weil in geringerem Maße Medien- und Kampagnenbotschaften ausgesetzt als die stark involvierten SVP-Sympathisanten – von der zwischenzeitlich geänderten Parteiposition nichts mitbekommen hat.

	Behördenargumente (pro)		Oppositionsargumente (con)	
	b/se	%StdX	b/se	%StdX
NBR-Dummy	--.443 (.29)	-14.8	.162 (.30)	6.0
Regierungsvertrauen	--.198 (.10)	-16.9	--.147 (.10)	-12.8
Informiertheit	.220 (.19)	11.6	.585** (.18)	33.9
Bedeutung	--.118 (.15)	-7.4	--.418** (.15)	-23.8
Kontrollvariablen				
Landesregion	.271 (.22)	12.3	.067 (.21)	2.9
Alter	--.006 (.01)	-10.2	--.010 (.01)	-15.6
Geschlecht	--.559** (.19)	-24.4	--.604*** (.18)	-26.1
cut 1	--2.029** (.64)		--2.490*** (.64)	
cut 2	--1.632* (.64)		--1.931** (.64)	
McKelvey & Zavoina's R ²	0.150		0.154	
No. of cases	497		494	

Signifikanzniveau: ***= $p \leq 0.001$, **= $p \leq 0.01$, *= $p \leq 0.05$.

Tabelle 5

KOSA-Initiative: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten einer behördenunterstützenden Argumentation (in Prozent) für ausgewählte Gruppen mit unterschiedlichem Informiertheitsniveau

	Behördenargumente Vorlagenkenntnis		Oppositionsargumente Vorlagenkenntnis	
	gering	hoch	gering	hoch
SVP-Sympathisanten	55 %	60 %	38 %	52 %
SPS-Sympathisanten	36 %	41 %	32 %	46 %
Regierungsmisstrauische	48 %	53 %	39 %	54 %

Weiter zeigt die Analyse, dass bei der KOSA-Initiative das Regierungstrauen nur noch eine marginale Rolle spielte. Das mag jedoch angesichts der Tatsache, dass dem Begehren auch kein Gegenentwurf gegenübergestellt wurde, kaum erstaunen. Dafür waren strukturelle Faktoren, aber auch die Informiertheit und die Bedeutungszumessung wichtiger.

Haben sich die Bedeutungshypothese und die Intensitätshypothese empirisch bewähren können? Letztere konnte teilweise bestätigt werden, denn bei der KOSA-Initiative ergab sich zumindest ein Informationseffekt (Tabelle 9 im Anhang), während wir selbiges bei der Goldinitiativabstimmung nicht nachweisen konnten. Allerdings reicht ein Vergleich von zwei Fällen selbstredend nicht für eine Generalisierung aus. Die Vermutung, dass eine hohe persönliche Betroffenheit die Informationssuche und -verarbeitung intensiviert, konnte ebenfalls nicht empirisch erhärtet werden. Nirgendwo ergab sich ein signifikanter Interaktionseffekt zwischen Bedeutungszumessung und Werteeinfluss.

6. Diskussion

Die Parteien vermögen das Volk bei Sachabstimmungen in der Tat nicht zu *steuern*, um an das Fazit von Trechsel (2002) anzuknüpfen. Dazu ist der Effekt, den die (bis zu einem gewissen Grad parteiunabhängigen) Wertehaltungen auf die Policy-Positionen ausüben, zu groß. Aber die Parteien nehmen offenbar einen *beträchtlichen* Einfluss auf die inhaltliche Argumentation ihrer Anhängerschaften. Dieses Einflusses ist sich die Mehrheit der Stimmbürger wohl gar nicht bewusst. Denn sie befolgen die Parteilinie nicht soldatisch und setzen Parolen auch nicht unreflektiert in einen Entscheid um. Stattdessen befassen sie sich (mehr oder weniger) intensiv mit dem vorgelegten Entscheidstoff. Das versetzt sie auch in die Lage, ihren Entscheid (mehr oder weniger differenziert) argumentativ zu stützen. Und deshalb sind diese Stimmbürger (ebenso wie wir Analysten) davon überzeugt, systematisch und parteiunabhängig entschieden zu haben (Bartels/Achen 2006: *It feels like we're thinking*).

Jedoch ist die Rezeption von Argumenten nicht unverzerrt durch heuristische Hinweisreize. Anders formuliert: Die Akzeptanz eines Arguments ist nicht nur von seiner inhaltlichen Überzeugungskraft oder seiner Übereinstimmung mit den eigenen politischen Grundüberzeugungen abhängig, sondern in starkem Maße auch von Eigenschaften des Kommunikators, d. h., davon, *wer* das Argument vorbringt. Das Bild des Schweizer Musterbürgers, der sich im Vorfeld von Abstimmungen sorgfältig mit den Pro- und Kontra-Argumenten auseinandersetzt und auf dieser Basis einen Entscheid fällt, muss demnach relativiert

werden – allerdings nicht hinsichtlich der Motivation des Stimmbürgers, politische Debatten zu verfolgen. Der Schweizer Stimmbürger ist in der Regel gut vertraut mit den Argumenten der Abstimmungskontrahenten. Ebenso zeigt er sich zumeist in der Lage, seine argumentative Haltung widerspruchlos in einen Stimmenscheid umzusetzen. Er leitet seine Meinung zur vorgelegten Sachfrage jedoch häufig nicht aus seinen übergeordneten, abstrakten Grundüberzeugungen ab (und dies würde man vom unabhängigen, demokratischen Musterbürger erwarten), sondern verlässt sich darauf, dass seine bevorzugte Partei in seinem Sinne argumentiert.

Generell empfiehlt es sich, die beiden fundamentalen Informationsverarbeitungsstrategien nicht als sich einander ausschließendes Gegensatzpaar aufzufassen. Einiges spricht dafür, dass die Bürger beide Modi häufig miteinander kombinieren. Zunächst einmal die Kampagneninformationen selbst: Sie sind häufig ambivalent. Bei manchen Sachabstimmungen herrscht aufgrund der unterschiedlichen Zahlen zu den Vorlagekosten und den gegensätzlichen juristischen Interpretationen, welche die Befürworter und Gegner vorlegen, eine derartige Konfusion, dass der Stimmbürger fast schon darauf angewiesen ist, Heuristiken einzusetzen, um diese widersprüchlichen Informationen irgendwie bewerten zu können. Weiter hat die kognitionspsychologische Forschung nachweisen können, dass Ambivalenz unter den Stimmbürgern stark verbreitet ist. Um diese Unsicherheit beseitigen zu können, welche konkurrierende Argumente bei ambivalenten Bürgern auslösen, wird wohl oft auf Heuristiken zurückgegriffen. Im Zweifelsfall für die Parteilinie – so lässt sich *diese* Form von Informationsverarbeitung zusammenfassen.

Heuristiken werden demnach auch bei Schweizer Sachabstimmungen häufig eingesetzt – und die beliebteste Heuristik ist die Parteisympathie. Allerdings schließt dies nicht aus, dass man sich gleichwohl systematisch mit der entsprechenden Vorlage auseinandergesetzt hat. Die Schweizer Stimmbürgerschaft beschäftigt sich mithin in der Regel mit dem *Inhalt* einer Sachfrage, doch tut sie dies häufig unter Zuhilfenahme heuristischer Hinweise.

Die empirische Beweisgrundlage für diese Aussagen ist zugegebenermaßen etwas dünn. Die vorliegende Fallauswahl reicht selbstredend nicht aus, um Interaktionen zwischen Heuristikgebrauch und Kompetenzniveau ausschließen zu können und noch weniger, um den Einfluss von Kontextfaktoren zu beurteilen. Deshalb sind weitere Untersuchungen nötig. Diese sollten Vorlagen aus unterschiedlichen Themenbereichen und mit variierender Konfliktintensität umfassen, um Informationseffekte angemessener überprüfen zu können.

Literatur

- Ansolabehere, Stephen/Iyengar, Shanto*, 1995: *Going Negative. How Political Advertisements Shrink and Polarize the Electorate*, New York.
- Bartels, Larry R.*, 1996: *Uninformed Votes: Information Effects in Presidential Elections*, in: *American Journal of Political Science* 40 (1), 194-230.
- Bartels, Larry M.*, 2002: „Beyond the Running Tally: Partisan Bias in Political Perceptions“, in: *Political Behavior* 24 (2), 117-50.
- Bartels, Larry/Achen, Christopher*, 2006: *It Feels Like We're Thinking: The Rationalizing Voter and Electoral Democracy*. Presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Philadelphia, August 2006.
- Benz, Matthias/Alois Stutzer*, 2004: *Are voters better informed when they have a larger say in politics? Evidence for the European Union and Switzerland*, in: *Public Choice* 119, 31-59.
- Bohner, Gerd/Moskowitz, Gordon/Chaiken, Shelly*, 1995: *The interplay of heuristic and systematic processing of social information*, in: *European Review of Social Psychology* 6, 33-68.
- Buri, Christof/Schneider, Gerald*, 1993: *Gründe und Scheingründe für das Schweizer Abstimmungsverhalten*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 19 (2), 389-417.
- Bütschi, Danielle*, 1993: *Compétence pratique*, in: Hanspeter Kriesi (Hrsg.), *Citoyenneté et démocratie directe*, Zürich, 99-119.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E.*, 1960: *The American Voter*, New York.
- Chaiken, Shelly/Liberman, Akiva/Eagly, Alice*, 1989: *Heuristic and systematic processing within and beyond the persuasion context*, in: J. S. Uleman/J. A. Bargh (Hrsg.), *Unintended thought*, New York, 212-252.
- Chaiken, Shelly/Maheswaran, Durairaj*, 1994: *Heuristic processing can bias systematic processing. Effects of source credibility, argument ambiguity, and task importance on attitude judgement*, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 66, 460-473.
- Chen, Serena/Duckworth, Kimberly/Chaiken, Shelly*, 1999: *Motivated Heuristic and Systematic Processing*, in: *Psychological Inquiry* 10 (1), 44-49.
- Chen, Serena/Shechter, D./Chaiken, Shelly*, 1996: *Getting at the truth or getting along: Accuracy- vs. impression-motivated heuristic and systematic information processing*, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 71, 262-275.

- Christin, Thomas/Hug, Simon/Sciarini, Pascal*, 2002: Interests and information in referendum voting: An analysis of Swiss voters, in: *European Journal of Political Research* 41 (6), 759-76.
- Conover, Pamela Johnston/Feldman, Stanley*, 1989: Candidate Perception in an Ambiguous World: Campaigns, Cues, and Inference Processes, in: *American Journal of Political Science* 33 (4): 912-940.
- Converse, Philip*, 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: David Apter (Hrsg.), *Ideology and Discontent*, New York, 206-261.
- Dalton, Russell*, 1984: Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies, in: *Journal of Politics* 46, 264-284.
- Delli Carpini, Michael/Keeter, Scott*, 1996: *What Americans Know About Politics and Why It Matters*, New Haven.
- Eagly, Alice H./Chaiken, Shelly*, 1993: *The Psychology of Attitudes*, New York.
- Eagly, Alice H./Chaiken, Shelly*, 1995: Attitude Strength, Attitude Structure, and Resistance to Change, in: Richard E. Petty/Jon A. Krosnick (Hrsg.), *Attitude Strength: Antecedents and Consequences*, Mahwah.
- Edelman, Murray J.*, 1977: *Political Language*, New York.
- Feldman, Stanley*, 2003: Values, Ideology, and the Structure of Political Attitudes, in: David O. Sears/Leonie Huddy/Robert Jervis (Hrsg.), *Oxford Handbook of Political Psychology*, Oxford, 477-510.
- Festinger, Leon*, 1957: *A Theory of Cognitive Dissonance*, Stanford.
- Finkel, Steven E./Schrott, Peter R.*, 1995: Campaign Effects on Voter Choice in the German Election of 1990, in: *British Journal of Political Science* 25, 349-377.
- Fiske, Susan T./Neuberg, Steven*, 1990: A continuum of impression formation, from category-based to individuating processes: Influences of information and motivation on attention and interpretation, in: M. P. Zanna (Hrsg.), *Advances in experimental social psychology* 23, New York, 1-74.
- Fiske, Susan T./Taylor, Shelley E.*, 1991: *Social Cognition*, New York (2. Aufl.).
- Gamson, William A./Modigliani, Andre*, 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach, in: *The American Journal of Sociology* 95 (1), 1-37.
- Gelman, A./King, Gary*, 1993: Why Are American Presidential Election Campaign Polls so Variable when Votes are so Predictable?, in: *British Journal of Political Science* 23, 409-451.

- Gigerenzer, Gerd/Todd, Peter*, 1999: Fast and Frugal Heuristics: The Adaptive Toolbox, in: Gerd Gigerenzer/Peter M. Todd/ABC Research Group (Hrsg.), Simple Heuristics that Make Us Smart, New York, 3-34.
- Goren, Paul*, 2005: Party Identification and Core Political Values, in: American Journal of Political Science 49 (4), 881-896.
- Green, Donald/Palmquist, Bradley/Schickler, Eric*, 2002: Partisan Hearts and Minds: Political Parties and the Social Identities of Voters, New Haven.
- Gruener, Erich/Hertig, Hans Peter*, 1983: Der Stimmbürger und die „neue“ Politik, Bern.
- Hastie, Reid/Park, Bernadette*, 1986: The Relationship Between Memory and Judgment Depends on Whether the Judgment Task is Memory-Based or On-Line, in: Psychological Review 93 (3), 258-268.
- Hertig, Hans Peter*, 1982: Sind Abstimmungserfolge käuflich? – Elemente der Meinungsbildung bei eidgenössischen Abstimmungen, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 22, 35-57.
- Hovland, Carl I./Weiss, Walter*, 1951: The Influence of Source Credibility on Communication Effectiveness, in: Public Opinion Quarterly 15 (4), 635-650.
- Hug, Simon*, 1994: Mobilisation et loyauté au sein de l'électorat, in: Yannis Papadopoulos (Hrsg.), Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970-1987, Lausanne, 161-201.
- Iyengar, Shanto*, 1990: Shortcuts to Political Knowledge: The Role of Selective Attention and Accessibility, in: John A. Ferejohn/James Kuklinski (Hrsg.), Information and Democratic Processes, Urbana, 160-185.
- Iyengar, Shanto/Kinder, Donald*, 1987: News that Matters, Chicago.
- Jaccard, James*, 2001: Interaction effects in Logistic Regression, Thousand Oaks (Sage University Papers Series on Quantitative Applications in Social Sciences).
- Kahn, Kim Friedkin/Kenney, Patrick*, 1997: A Model of Candidate Evaluations in Senate Elections: The Impact of Campaign Intensity, in: The Journal of Politics 59, 1173-1205.
- Kriesi, Hanspeter*, 1994: Akteure-Medien-Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, 234-260.
- Kriesi, Hanspeter*, 2005: Direct Democratic Choice. The Swiss Experience, Lanham.
- Krosnick, Jon A. (Hrsg.)*, 1990: Thinking about politics: Comparisons of experts and novices, New York.

- Krosnick, Jon A./Kinder, Donald R.*, 1990: Altering the Foundations of Support for the President through Priming, in: *American Political Science Review* 84 (2), 497-512.
- Kuklinski, James H./Hurley, Norman L.*, 1994: On hearing and interpreting political messages: A Cautionary Tale of Citizen Cue-Taking, in: *Journal of Politics* 56 (3), 729-751.
- Kuklinski, James H./Quirk, Paul J.*, 2000: Reconsidering the Rational Public: Cognition, Heuristics, and Mass Opinion, in: Arthur Lupia/Mathew McCubbins/Samuel L. Popkin (Hrsg.), *Elements of Reason. Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*, Cambridge, 153-182.
- Lau, Richard R./Redlawsk, Davis*, 2001: Advantages and Disadvantages of Cognitive Heuristics in Political Decision Making, in: *American Journal of Political Science* 45, 951-990.
- Lodge, Milton/Hamill, Ruth*, 1986: A Partisan Schema for Political Information Processing, in: *American Political Science Review* 80 (2), 505-519.
- Lodge, Milton/McGraw, Kathleen M./Stroh, Patrick*, 1989: An Impression-Driven Model of Candidate Evaluation, in: *American Political Science Review* 83 (2), 399-419.
- Lodge, Milton/Stroh, Patrick*, 1993: Inside the mental voting booth: an impression-driven model of candidate evaluation, in: Shanto Iyengar/William J. McGuire (Hrsg.), *Explorations in Political Psychology*, Durham, 225-263.
- Lodge, Milton/Taber, Charles*, 2000: Three Steps toward a Theory of Motivated Political Reasoning, in: Arthur Lupia/Mathew McCubbins/Samuel L. Popkin (Hrsg.), *Elements of Reason. Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*, Cambridge, 183-213.
- Lupia, Arthur*, 1994: Shortcuts versus Encyclopedias: Information and Voting Behavior in California Insurance Reform Elections, in: *American Political Science Review* 88 (1), 63-76.
- Lupia, Arthur/McCubbins, Mathew*, 1998: *The Democratic Dilemma: Can Citizens Learn What They Need to Know?*, Cambridge.
- Luskin, Robert*, 1987: Measuring political sophistication, in: *American Journal of Political Science* 31 (4), 856-99.
- Luskin, Robert C.*, 2002: From Denial to Extenuation (and Finally Beyond): Political Sophistication and Citizen Performance, in: James H. Kuklinski (Hrsg.), *Thinking About Political Psychology*, Cambridge, 281-305.
- Lutz, Georg*, 2007: Low Turnout in direct democracy, in: *Electoral Studies* 26, 624-632.
- Mahnig, Fabian/Milic, Thomas*, 2002: Analyse der eigenössischen Abstimmungen vom 22. September 2002, VOX-Nr. 75, IPZ und GfS.

- Marquis, Lionel/Lutz, Karin Gilland*, 2004: Thinking About and Voting on Swiss Foreign Policy: Does Affective and Cognitive Involvement Play a Role?, SEI Working Paper No. 83.
- Milic, Thomas*, 2008: Ideologie und Stimmverhalten, Zürich.
- Milic, Thomas/Scheuss, Urs*, 2006: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 24. September 2006, VOX-Nr. 91, IPZ und GfS.
- Mueller, John*, 1973: War, Presidents, and Public Opinion, New York.
- Nef, Rolf*, 1988: Die Schweizer Referendumsdemokratie. Wahl und Plebiszit als unterschiedliche Artikulationskanäle im Rahmen der politischen Kultur, in: Landeszentrale für politische Weiterbildung Baden-Württemberg (Hrsg.), *Der Bürger im Staat* 38 (1), 156-80.
- Nelson, Thomas E./Oxley, Zoe M.*, 1999: Issue Framing Effects on Belief Importance and Opinion, in: *The Journal of Politics* 61 (4), 1040-1067.
- Petty, Richard E./Cacioppo, John T.*, 1986: The elaboration likelihood model of persuasion, in: *Advances in Experimental Social Psychology* 19, 123-205.
- Popkin, Samuel L.*, 1991: *The Reasoning Voter: Communication and Persuasion in Presidential Campaigns*, Chicago.
- Price, Vincent*, 1991: *Priming Ideological Learnings: The Impact of Salience and Commitment*. Report to the National Election Studies Board of Overseers, Ann Arbor.
- Rahn, Wendy M.*, 1993: The Role of Partisan Stereotypes in Information Processing about Political Candidates, in: *American Journal of Political Science* 37 (2), 472-496.
- Rokeach, Milton*, 1973: *The Nature of Human Values*, New York.
- Rudolph, Thomas J.*, 2005: Group Attachment and the Reduction of Value-Driven Ambivalence, in: *Political Psychology* 26, 905-928.
- Selb, Peter*, 2008: Supersized Votes: Ballot Length, Uncertainty and Choice in Direct Legislation Elections, in: *Public Choice* 135, 319-336.
- Sniderman, Paul*, 1993: The New Look in Public Opinion Research, in: Ada Finifter (Hrsg.), *The State of The Discipline II*, Washington, D. C.
- Sniderman, Paul*, 2000: Taking Sides: A Fixed Choice Theory of Political Reasoning, in: Arthur Lupia/Mathew McCubbins/Samuel Popkin (Hrsg.), *Elements of Reason. Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*, Cambridge, 67-84.
- Sniderman, Paul/Brody, Richard/Tetlock, Philip*, 1991: *Reasoning and Choice: Explorations in Political Psychology*, New York.
- Sniderman, Paul/Fletcher, Joseph/Russell, Peter H./Tetlock, Philip*, 1996: *The Clash of Rights. Liberty, Equality, and Legitimacy in Pluralist Democracy*, New Haven.

- Sniderman, Paul/Glaser, James/Griffin, Robert*, 1990: Information and Electoral Choice, in: John Ferejohn/James H. Kuklinski (Hrsg.), *Information and Democratic Processes*, Urbana.
- Sniderman, Paul/Levendusky, Matthew S.*, 2007: An institutional theory of political choice, in: Russell Dalton/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford, 437-456.
- Taylor, Shelley E.*, 1981: The interface of cognitive and social psychology, in: John H. Harvey (Hrsg.), *Cognition, social behavior and the environment*, Hillsdale, 189-211.
- Tourangeau, Roger/Rasinski, Kenneth/Bradburn, Norman/D'Andrade, Roy*, 1989: Carryover Effects in Attitude Surveys, in: *Public Opinion Quarterly* 53, 495-524.
- Trechsel, Alexander*, 2002: Volksabstimmungen, in: Ulrich Klöti u. a. (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich (3., überarb. Auflage), 557-588.
- Trechsel, Alexander H./Sciarini, Pascal*, 1998: Direct democracy in Switzerland: Do elites matter?, in: *European Journal of Political Research* 33 (1), 99-123.
- Vreese, Claes H. de*, 2004: Primed by the Euro: The Impact of a Referendum Campaign on Public Opinion and Evaluations of Government and Political Leaders, in: *Scandinavian Political Studies* 27 (1), 45-64.
- Zaller, John R.*, 1992: *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge.
- Zaller, John R.*, 1996: The Myth of Massive Media Impact Revived: New Support for a Discredited Idea, in: Diana Mutz/Paul Sniderman/Richard Brody (Hrsg.), *Political Persuasion and Attitude Change*, Ann Arbor, 17-78.
- Zaller, John R./Feldman, Stanley*, 1992: A Simple Theory of the Survey Response: Answering Questions versus Revealing Preferences, in: *American Journal of Political Science* 36 (3), 579-616.

Korrespondenzanschrift:

Dr. Thomas Milic
IPZ
Universität Zürich
Seilergraben 53
8000 Zürich
E-Mail: milic@ipz.uzh.ch
Web: <http://www.ipz.uzh.ch/institut/mitarbeitende/staff/milic.html>

Anhang

A. Operationalisierung der Variablen

Die abhängige Variable der Argumentenhaltung

Die Messung der Argumentenhaltung basiert auf Statements, die den Vox-Befragten jeweils am Ende des Interviews vorgelegt werden (in der Regel werden pro Abstimmungsfrage sechs Argumente getestet). Diese Statements entsprechen den in den jeweiligen Abstimmungskämpfen am häufigsten vorgebrachten Argumenten und werden von den Instituten, welche die jeweilige Analyse durchführen, auf der Basis unterschiedlicher Materialien ausgesucht (zur Auswahl der Argumente Kriesi 2005: 178). Die Argumente (Wortlaut siehe Tabelle 7) wurden allesamt rekodiert und zunächst auf die Form einer fünfstufigen Skala des *Behördensupports* gebracht. Die Werte +2 und +1 stehen dabei für ein starkes bzw. mittleres Niveau der Unterstützung eines vom Bundesrat empfohlenen Arguments, der Wert 0 entspricht der Angabe einer „Weiß Nicht“-Antwort, während die Werte -1 und -2 für eine (mäßig bzw. stark) behördenopponierende Position stehen. Aus inhaltlichen und methodologischen Gründen wurden die Scores der einzelnen Argumente sodann summiert und daraus eine neue Variable – eine globale Argumentenhaltung – gebildet. Sie weist drei Merkmalsausprägungen auf: Negative Werte stehen für eine mehrheitlich behördenkritische Argumentation, der Wert 0 für eine unentschiedene Position und positive Werte für eine mehrheitlich behördenunterstützende Argumentation. Eine „regierungskritische“ Argumentenhaltung entsprach bei der Abstimmung über die Goldinitiative *gleichzeitig* einer SVP-freundlichen Issue-Orientierung. Bei der Abstimmung über die KOSA-Initiative hingegen können die negativen *Scores* bei der Argumentenhaltung inhaltlich nicht nur als Behördenopposition, sondern auch als SPS-unterstützend interpretiert werden.

Parteisympathie

Aus der von den Befragten angegebenen Parteisympathie wurden k-1 binäre Dummy-Variablen gebildet, wobei nur die vier Regierungsparteien (genügend hohes n), die sehr heterogene Gruppierung der Nicht-Bundesratsparteien und die parteiunabhängigen Stimmbürger mitberücksichtigt wurden. Die Gruppe der Parteiunabhängigen bildet in allen Analysen die Bezugsgröße.

Regierungsvertrauen

Die der Variable „Regierungsvertrauen“ zugrunde liegende Vox-Frage a22 lautet: „Ich lese Ihnen jetzt zwei Ansichten vor, die man recht oft über unsere Regierung hören kann. Welcher stimmen Sie am ehesten zu? Die erste Meinung lautet: Ich kann mich meistens auf die Regierung im Bundeshaus verlassen. Sie handelt nach bestem Wissen und Gewissen, zum Wohle aller. Und die zweite Meinung lautet: Im Bundeshaus wird immer mehr gegen und immer weniger für das Volk entschieden. Die Regierung kennt unsere Sorgen und Wünsche nicht mehr.“

Wertepräferenzen

Zur Messung der *value preferences* (zur Unterscheidung von Issue-Orientierungen und Wertorientierungen siehe Feldman 2003) wurden die Vox-Wertepräferenzfragen verwendet. Vier dieser Fragen (a91a: Betonung von Ruhe und Ordnung, a91c: Haltung zur Armee, a91i: Haltung zu Ausländern/innen, a91m: Traditionelle Schweiz vs. moderne Schweiz) tangieren in ihrer Substanz den Gegensatz zwischen wertbezogenem Modernismus und wertbezogenem Traditionalismus (Nef 1988). Sie bildeten nachfolgend die Basis für eine faktorbasierte (konfirmatorische Faktoranalyse, Hauptachsenmethode) latente Skala (Variable „Tradition“, die Validität und Reliabilität eines solchen Messmodells wird bei Milic 2008 diskutiert). Zwei weitere Fragen (a91k: starker Staat vs. Deregulierung; a91x: Haltung zur Privatisierung staatlicher Betriebe) wurden zur Messung des klassischen sozioökonomischen Gegensatzes verwendet. Sie wurden aus zwei unterschiedlichen Gründen nicht zu einem latenten Faktor zusammengefasst: Zum einen wird die Haltung zur Privatisierung des Service Public nur sehr unregelmäßig abgefragt (bei der Abstimmung über die KOSA-Initiative wurde die Frage beispielsweise nicht gestellt). Zum anderen sind die Einstellungsgegenstände auf zwei unterschiedlichen Ebenen anzusiedeln. Die Deregulierungsfrage hat einen wünschenswerten gesellschaftlichen Endzustand („conceptions of the desirable“ [Rokeach 1973]) zum Inhalt und verbleibt somit auf einem hoch abstrakten Niveau. Die Privatisierungsfrage hingegen nennt einen konkreten Gegenstand, die staatlichen Betriebe der Post, SBB und Swisscom. Sie misst folgerichtig eine (konkrete) Issue-Opinion. Die Konstruktvalidität der Deregulierungsfrage ist gering (Milic 2008), allerdings existieren zu dieser Frage keine adäquaten Alternativen.

Kompetenzniveau

Das Thema der politischen Sachkompetenz ist ein wahrer Dauerbrenner der politischen Psychologie. Kaum eine empirische Umsetzung wurde heftiger diskutiert als diejenige des theoretischen Konstrukts der *political sophistication* (als Überblick: Luskin 1987). Dabei wurde zwischen unterschiedlichsten Dimensionen der politischen Kompetenz unterschieden: Faktenwissen, praktische Kompetenz (Motivbegründung etc.), ideologischer *constraint* (Converse 1964), aber auch die Bereitschaft, politischen Debatten zu folgen (*political awareness*, politisches Interesse [Zaller 1992]). Der hier verwendete Indikator zur Messung der politischen Informiertheit misst im Wesentlichen ein sachspezifisches Vorlagenwissen, aber zudem auch die Fähigkeit, sachpolitische Positionen auseinanderhalten zu können (praktische Kompetenz). Er ist ein Index, der drei Fragen zusammenfasst: erstens die Frage nach dem Titel der Vorlage(n), über die am vergangenen Abstimmungswochenende befunden wurde, zweitens die Frage nach dem Inhalt der Vorlage (wobei den Befragten vorgängig der Titel der Vorlage genannt wird), und drittens die Frage nach dem Stimmmotiv.

Während die Codierung der ersten beiden Fragen selbsterklärend ist (falsche oder keine Abgaben = 0, richtige Angabe = 1), muss die Klassifizierung der Antworten zur Motivfrage noch präzisiert werden. Im Gegensatz zu Bütschi (1993) und analog zu Gruner und Hertig (1983) haben wir zwischen falschen, inhaltsfernen und substanzuell-korrekten Antworten unterschieden. Offensichtlich falsche Stimmbegründungen (zum Beispiel eine Verwechslung von Vorlagen) ebenso wie das Fehlen eines substanzuellen Stimmotivs wurden als „uninformiert“ klassifiziert (Wert 0). Inhaltsferne Antworten wurden bei dieser (und nur bei dieser!) Frage als „mässig informiert“ taxiert (Wert 1). Alle anderen Antworten – unabhängig von ihrem Abstraktionsniveau – erhielten den Maximalwert 2 (substanzuell-korrekte Antworten). Im Endergebnis konnten die Befragten somit maximal den Wert 4 (alle Fragen wurden korrekt beantwortet), minimal den Wert 0 (keine der Fragen konnte richtig beantwortet werden) erzielen. Drei Kategorien wurden sodann gebildet: die Gruppe der gut Informierten (Wert 4), die Gruppe der durchschnittlich Informierten (Wert 3) und die Gruppe der mässig bis kaum Informierten (restlichen Werte). Dies ergibt für die beiden Abstimmungen die folgende Verteilung:

Tabelle 6

Kompetenzniveau bei den Abstimmungen vom 22.9.02 und vom 24.9.06 (Anteil in Prozent (n))

Vorlage	kaum informiert	durchschnittlich informiert	gut informiert
Goldinitiative	19,2 (106)	27,5 (152)	53,4 (295)
KOSA-Initiative	38,4 (217)	10,4 (59)	51,2 (289)

Wenig überraschend unterschied sich das Kompetenzniveau bei den beiden Urnengängen beträchtlich. Dies wird im Anteil des mittleren Kompetenz-Segments am deutlichsten sichtbar: Mehr als ein Viertel der Befragten wusste zumindest leidlich gut Bescheid über die Goldinitiative, während dieser Anteil bei der KOSA-Initiative nur 10 % betrug. Dies liegt vornehmlich daran, dass die Goldinitiative den Befragten eher in Erinnerung geblieben ist als die KOSA-Initiative – und zwar, weil sie die Diskussionen im Vorfeld der Abstimmung ungleich stärker dominierte (Milic/Scheuss 2006). Die Infomiertheitsunterschiede wären möglicherweise klarer zutage getreten, wenn bei der Frage nach dem Inhalt der KOSA-Vorlage – wie bei der Goldinitiative – anstelle des offiziellen Titels („Nationalbankgewinne für die AHV“) lediglich das Kürzel (KOSA) angegeben worden wäre. Eine Inhaltsangabe wäre in einem solchen Fall deutlich schwerer gefallen. So aber genügte es, den Titel der Vorlage zu *wiederholen*, um als informiert klassifiziert zu werden. Die kognitive Eigenleistung, die zu erbringen war, um als „kompetent“ zu gelten, unterschied sich zwischen den Vorlagen beträchtlich. Der Anteil gut Informierter wird also durch das vorliegende Messverfahren bei der KOSA-Vorlage tendenziell *überschätzt*.

Aufgrund der sehr geringen Anzahl Befragter mit einem durchschnittlichen Kompetenzlevel für die KOSA-Initiative wurden die beiden ersten Kategorien für die nachfolgende Analyse zusammengezogen. D. h., in den unterschiedlichen Modellen wurde stets mit einer dichotomen Kompetenzvariable gerechnet (0 = kaum bis durchschnittlich informiert, 1 = gut informiert).

Anhang B: Erläuterungen, Tabellen und Grafiken

Tabelle 7

Zustimmungswerte der Argumente bei den Abstimmungen vom 22.09.02 und vom 24.09.06

Argument	Tot.	SPS	CVP	FDP	SVP	PUGa
Abstimmung vom 22.09.02: Goldinitiative und Gegenentwurf						
Pro1 (Gegenentwurf): „Dank der Solidaritätsstiftung kann die Schweiz ihre humanitäre Tradition in der Zukunft fortsetzen.“	46	68	56	45	20	41
Pro2 (Goldinitiative): „Die Goldinitiative der SVP löst die Probleme der AHV nicht, sondern ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“	67	83	75	71	43	63
Pro3 (Gegenentwurf): „Von den Erträgen aus den überschüssigen Goldreserven der Nationalbank sollen Kantone, AHV und Stiftung etwas bekommen.“	50	67	61	51	21	44
Pro4 (Gegenentwurf): „Mit dem Gegenentwurf bleibt das Goldvermögen in seiner Substanz erhalten und eine kommende Generation hat die Möglichkeit, darüber neu zu entscheiden.“	68	75	72	76	63	64
Con1 (Gegenentwurf): „Beim Gegenentwurf vom Bund geht es nur um die versteckte Einführung von der Solidaritätsstiftung.“	42	26	36	32	79	47
Con2 (Gegenentwurf): „Der Bundesrat hat mit seinem Vorschlag für eine Solidaritätsstiftung der Erpressung aus dem Ausland nachgegeben.“	48	25	44	50	83	54
Con3 (Goldinitiative): „Mit der Goldinitiative der SVP sichert man die Finanzierung von der AHV, ohne Steuererhöhungen für mindestens 10 Jahre.“	33	13	28	32	69	36
Con4 (Goldinitiative): „Die Goldinitiative der SVP sorgt dafür, dass das Volksvermögen dem Volk zurückgegeben wird.“	55	33	39	55	91	60

Argument	Tot.	SPS	CVP	FDP	SVP	PUGa
Abstimmung vom 24.09.06: KOSA-Initiative						
Pro1: „Die KOSA-Initiative löst die Probleme der AHV nicht wirklich, sie ist nur eine Scheinlösung.“	67	50	73	80	78	63
Pro2: „Die Initiative gefährdet die Unabhängigkeit der Schweizer Nationalbank und damit die Stabilität des Schweizer Frankens.“	40	25	45	64	46	45
Pro3: „Die Initiative entzieht Bund und Kantonen Geld, was zu Steuererhöhungen und Abbau des Service Public führt.“	41	32	50	56	52	39
Con1: „Dank der Initiative braucht es keine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Lohnprozente für die Sicherung der AHV.“	34	41	28	30	41	30
Con2: „Die Kantone und der Bund haben von der Nationalbank bereits mehrere Milliarden bekommen. Jetzt soll die AHV profitieren.“	49	61	47	27	50	49
Con3: „Die Initiative setzt ein klares Signal gegen die Erhöhung des Rentenalters.“	29	34	22	27	35	31

Die Spaltenwerte geben die Anteile der Befragten an, die mit dem vorgelegten Argument „sehr einverstanden“ oder „eher einverstanden“ waren. Die Argumente wurden nach ihrer Herkunft unterschieden. Als Pro-Argumente (Pro) wurden solche bezeichnet, die von der Behördenseite vorgelegt wurden. Unter dem Kürzel „Con“ wurden diejenigen Argumente subsumiert, welche von der Initiativbefürworterschaft ins Feld geführt wurden.

aPUG = Parteiungebundene.

Tabelle 8

Goldinitiative und Gegenentwurf: Determinanten der Meinung zu den Argumenten (Haupteffekte und Interaktionseffekte), ordinale Regression

	cued arguments	uncued arguments
	b/se	b/se
Tradition	--.942*	-.563
	(.43)	(.39)
Etatismus	.059	-.114
	(.08)	(.07)
Privatisierung	--.041	-.038
	(.08)	(.08)
SPS-Dummy	1.322**	.541
	(.47)	(.43)

	cued arguments	uncued arguments
	b/se	b/se
SVP-Dummy	--1.660*	-.865
	(.67)	(.50)
FDP-Dummy	.768	.462
	(.53)	(.51)
CVP-Dummy	.399	.953
	(.74)	(.88)
NBR-Dummy	1.100*	.483
	(.55)	(.51)
Regierungsvertrauen	--.814***	-.471**
	(.19)	(.17)
Informiertheit	--.060	-.077
	(.70)	(.65)
Bedeutung	--.071	-.103
	(.17)	(.16)
Landesregion	.487	.652**
	(.27)	(.25)
Alter	--.015*	.003
	(.01)	(.01)
Geschlecht	.115	.243
	(.24)	(.22)
infor*svpdummy	.279	.352
	(.85)	(.65)
infor*spdummy	.080	.743
	(.71)	(.66)
infor*fdpdummy	--.590	-.265
	(.73)	(.71)
infor*cvpdummy	.257	-.500
	(.94)	(1.04)
infor*nbrdummy	--.237	-.222
	(.71)	(.68)
infor*regver	.005	-.193
	(.27)	(.24)
Tradition*Bedeutung	--.142	-.100
	(.28)	(.25)

	cued arguments	uncued arguments
	b/se	b/se
cut 1	--2.062*	--1.365
	(.87)	(.80)
cut 2	--1.651	--1.104
	(.87)	(.80)
McKelvey & Zavoina's R ²	0.514	0.320
No. of cases	458	459

Signifikanzniveau: ***= $p \leq 0.001$, **= $p \leq 0.01$, *= $p \leq 0.05$.

Tabelle 9

KOSA-Initiative: Determinanten der Meinung zu den Argumenten (Haupt- und Interaktionseffekte), ordinale Regression

	Behördenargumente	Oppositionsargumente
	b/se	b/se
Tradition	.476	.201
	(.49)	(.47)
Etatismus	.079	.127*
	(.06)	(.06)
SPS-Dummy	--.848*	--.709*
	(.37)	(.36)
SVP-Dummy	.397	--1.068*
	(.47)	(.47)
FDP-Dummy	--.057	.338
	(.52)	(.50)
CVP-Dummy	--.154	--.230
	(.49)	(.50)
NBR-Dummy	--.719	.045
	(.43)	(.43)
Regierungsvertrauen	--.101	--.244
	(.14)	(.14)
Informiertheit	.572	--.250
	(.57)	(.54)

	Behördenargumente	Oppositionsargumente
	b/se	b/se
Bedeutung	--.126 (.15)	--.463** (.15)
Landesregion	.284 (.22)	.082 (.22)
Alter	--.007 (.01)	--.009 (.01)
Geschlecht	--.589** (.19)	--.615*** (.18)
infor*svpdummy	--.530 (.61)	1.468* (.61)
infor*spdummy	--.144 (.53)	.207 (.51)
infor*fdpdummy	.798 (.75)	1.071 (.75)
infor*cvpdummy	.359 (.78)	--.152 (.74)
infor*nbrdummy	.514 (.60)	.261 (.59)
infor*regver	--.200 (.20)	.224 (.20)
trad*bedeutung	--.054 (.19)	--.130 (.19)
cut1	--1.993** (.72)	--2.989*** (.73)
cut2	--1.591* (.72)	--2.421*** (.72)
McKelvey & Zavoina's R ²	0.164	0.186
No. of cases	497	494

Signifikanzniveau: ***= $p \leq 0.001$, **= $p \leq 0.01$, *= $p \leq 0.05$.